Bike for Peace

Ostermarsch auf Rädern

Keine neue Aufrüstung für Kriegseinsätze
Stopp der Rüstungsexporte
Konflikte zivil bearbeiten
Für Zivilcourage - gegen Ausgrenzung

Die Bundesregierung rüstet wieder auf. Die Bundeswehr wird zur Interventionsarmee umgebaut und mit neuen Waffensystemen aufgerüstet. Dafür werden nun mit Beschaffungsprogrammen in Milliardenhöhe und internationalen Vereinbarungen die Weichen gestellt.

Bundeswehrsoldaten üben in Hammelburg für den nächsten Krieg

60.000 EU-Soldaten sollen künftig für Kriegseinsätze bereit stehen. Münster wird eine der Schaltzentralen für künftige NATO-Kriege.

Die Rüstungsausgaben steigen wieder - auch auf Kosten ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung. Die Ausgaben für Entwicklungsarbeit sind unter der rot-grünen Regierung weiter gekürzt worden. Um völkerrechtswidrige Kriege wie gegen Jugoslawien zu rechtfertigen, wurde und wird gelogen, werden Tatsachen verdreht und Kriegsfolgen verharmlost. Die Situation im Kosovo beweist: Militär schafft keinen Frieden.

Die Militarisierung der deutschen und der EU-Außenpolitik erhöht die Kriegsgefahr in und um Europa. Deshalb muss diese falsche Politik jetzt gestoppt werden. Eine Weichenstellung für eine Entmilitarisierung kann und muß jetzt erfolgen. Eine schrittweise, deutliche Verkleinerung der Bundeswehr wird weitere Abrüstung in Europa erleichtern. Die derzeitigen Standortschließungen dienen allerdings nicht der Abrüstung, sondern der Umverteilung im Rüstungsetat. Eine Umverteilung zu Gunsten zivieler und gewaltfreier Konfliktbearbeitung wird nationale Armeen überflüssig machen.

Als Exportland von Waffen und Rüstungsgütern trägt Deutschland trotz neuer Exportrichtlinien zu Unfrieden und Menschenrechtsverletzungen in der Welt bei. Neuestes Beispiel ist die geplante Lieferung einer Munitionsfabrik in die Türkei.

Auch im Innern unserer Gesellschaft nimmt Gewalt und Gewaltbereitschaft zu. Wer glaubwürdig für Frieden eintreten will, darf zur Gewalt von Rechts nicht schweigen. Unglaubwürdig macht sich allerdings, wer gegen rassistische und rechtsextreme Gewalt von BürgerInnen Zivilcourage fordert, aber Gewalt durch Krieg rechtfertigt und Feindbilder schürt. Die Friedensbewegung hat eine lange Tradition der Zusammenarbeit mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern, verschiedener Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Wir setzen uns auch weiter für gleiche Rechte aller Menschen, gegen Ausgrenzung und Gewalt ein.

Wir fordern die Bundesregierung auf, folgende erste Schritte zu unternehmen:

~ Stopp der Umstrukturierungsmaßnahmen, die aus der Bundeswehr eine Interventionsarmee machen sollen und aller dazu gehörenden Rüstungsprojekte; deutliche und beständige Verringerung der Personalstärke der Bundeswehr;

~ Abzug aller Massenvernichtungswaffen aus Deutschland mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa; aktives Eintreten für eine Konvention zur Ächtung aller Atomwaffen;

~ Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich;

~ Förderung ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung mit mindestens 50 Mio. DM jährlich, das sind 1 Promille des jetzigen Rüstungsetats; Förderung und Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung;

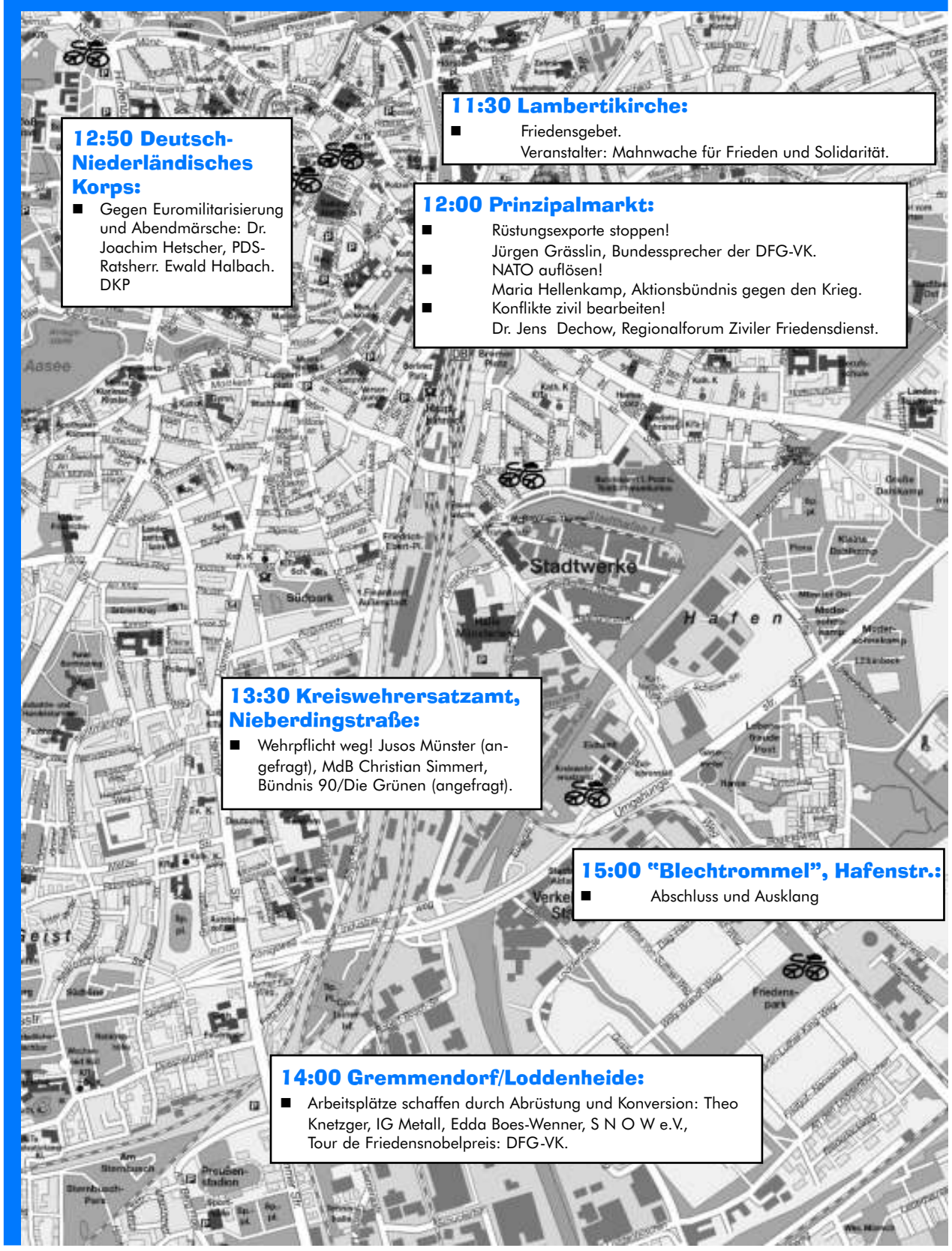
~ Stopp aller Rüstungsexporte, keine Munitionsfabrik für die Türkei;

~ Verbot aller neofaschistischen Organisationen und solidarische Unterstützung der Opfer rechter Gewalt;

~ ein Ende aller Schikanen gegen AusländerInnen, Flüchtlinge und AsylbewerberInnen. Asyl für die Deserteure aller Kriege, Stopp der Abschiebepraxis nach Kosova/o.

Für diese Forderungen wollen wir in Münster im Rahmen der Ostermärsche 2001 aktiv werden. Mit "Bike for Peace", einer Friedensfahrradtour am Karsamstag zu Münsteraner Stätten des Krieges und des Friedens.

14.4.2001 die Route:



11:30 Lambertikirche:
- Friedensgebet.
  Veranstalter: Mahnwache für Frieden und Solidarität.

12:00 Prinzipalmarkt:
- Rüstungsexporte stoppen!
  Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK.
- NATO auflösen!
  Maria Hellenkamp, Aktionsbündnis gegen den Krieg.
- Konflikte zivil bearbeiten!
  Dr. Jens Dechow, Regionalforum Ziviler Friedensdienst.

12:50 Deutsch-Niederländisches Korps:
- Gegen Euromilitarisierung und Abendmärsche: Dr. Joachim Hetscher, PDS-Ratsherr. Ewald Halbach. DKP

13:30 Kreiswehrersatzamt, Nieberdingstraße:
- Wehrpflicht weg! Jusos Münster (angefragt), MdB Christian Simmert, Bündnis 90/Die Grünen (angefragt).

14:00 Gremmendorf/Loddenheide:
- Arbeitsplätze schaffen durch Abrüstung und Konversion: Theo Knetzger, IG Metall, Edda Boes-Wenner, S N O W e.V., Tour de Friedensnobelpreis: DFG-VK.

15:00 "Blechtrommel", Hafenstr.:
- Abschluss und Ausklang

Münsteraner Friedensfahrradfahrt am Karsamstag, den 14. April 2001

Dieser Aufruf wird unterstützt von: AK Hopi Münster, Joachim Albrecht, Jürgen Athens, Maryam Berger, Edda Boes-Wenner (S N O W e.V.); Gebhard Bowe (Billerbeck), Juliane Brüggemann, Siegfried Damerow, Mechthild Demel, Sonja Diekmann, , Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) Gruppe Münster, DFG-VK Gruppe Emsdetten, DKP Kreisverband Münster, Nicola Dubicanac, Sabrina Dunder (BezirksschülerInnenvertretung MS), Klaus Firgau, Friedensinitiative Nottuln, Frauke Grieger, Renate Großmann, Ömer Gülsen (AK Kurdistan), Andreas Günther, Ewald Halbach, Dr. Joachim Hetscher (Ratsherr PDS/LL), Hartwig Homann, Volker-Maria Hügel, Manfred Hülsken-Fermer, IG Medien Bezirk Münsterland, Dr. Dieter Kinkelbur, Michael Keimburg (Nottuln), Axel Knappmeyer, Theo Knetzger, Gregor Kösters, Bernhard Korn, Prof. Dr. Erich Küchenhoff, Werner Kuhn (Ladbergen), Anna Laumeier, Gerd Lübbert (Ökumenischer Kreis für Frieden und Gerechtigkeit Hiltrup), Michael Luimes, Mahnwache an der Lambertikirche, Otto Meyer, Thomas Nellner, Jonathan Olsen, Volker Pade, PDS/Linke Liste Münster, Carsten Peters, Kirsten Radt (Autonomes Lesbenreferat der WWU), Roger Reinhard (Nottuln), Rüdiger Sagel (MdL, Bündnis 90/Die Grünen), Sandra Schmaler, Susanne Schregel, Dr. H. Schulz, Markus Schulz, Gernot Seeberg, Ute Siprit, Annette Sommerhage, C. Spliethoff, Claudia Tieke (Duisburg), Wolfgang Utsch, Michael Vogeley, Kathrin Vogler, Brigitte Voß, Uwe Warda, Stephan Warnecke, Bernhard Wening, Norbert Wienke (Nottuln)

Zur Teilnahme an "Bike for Peace" ruft außerdem auf SPD Ortsverein Münster-Gievenbeck, Bündnis 90/ Die Grünen Kreisverband Münster unterstützt die Forderungen des Aufrufs

Alle, die mitmachen wollen, sind willkommen!

kostenlos, nicht umsonst. Spenden? Siehe Seite 8!

In eigener Sache

"Totgesagte leben länger" so hat Andreas Buro sein Buch zur Perspektive der Friedensbewegung überschrieben. Und oft ist sie tot gesagt worden, nachdem man nicht minder oft versucht hatte, sie mundtot zu machen. Was gerne vergessen wird: Keine soziale Bewegung ist immer gleich stark. Die Friedensbewegung hat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland viele Aufs und Abs erlebt, doch sie ist immer präsent und wach geblieben. Nicht zuletzt die Medien beeinflussen die Wahrnehmung von Bewegungen. In dem Krieg um Kosovo, der vor zwei Jahren begann, war die Manipulation der Medien durch die Mächtigen und die Manipulation der Menschen durch die Medien eine viel gebrauchte Waffe. Der Journalist Ekki Sieker formulierte 1999 auf einer Tagung aus der Innenansicht der Redaktionen folgende Kritik an sein KollegInnen: "Die Regierung musste die Medien weder gleichschalten noch zensieren. In diesem Krieg haben sich die Medien selbst zensiert." Und diese Selbstzensur wird fortgesetzt. Wer schreibt, filmt, berichtet schon über friedenspolitische Themen? Wer weiß noch, dass in Deutschland noch immer Atomwaffen lagern, obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag deren Einsatz schon 1996 für völkerrechtswidrig erklärt hat? Wer macht sich Gedanken über die Situation von Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo und ihr Leben in Münster? Wo steht, welche Alternativen zum Krieg es gibt, wenn es um die Bearbeitung von Konflikten und die Durchsetzung von Menschenrechten geht? Wer erinnert die PolitikerInnen an ihre Wahlversprechen, Rüstungsexporte zu stoppen und Rüstungsausgaben zu senken? Wer, wenn nicht wir???
Also haben wir uns zusammen- und mit der Thematik auseinandergesetzt und diese Zeitung ausgedacht. Sie soll informieren über all diese wichtigen Zukunftsfragen. Sie soll werben für die Ostermarsch-Aktion „Bike for Peace" am Karsamstag, wenn wir mit möglichst vielen MünsteranerInnen für den Frieden unterwegs sein wollen. Und sie soll Sie ermutigen, sich für Frieden, Abrüstung und Gewaltfreiheit zu engagieren. Dazu geben wir Tipps und Hinweise auf Aktionen und Gruppen, bei denen Ihre Beteiligung erwünscht ist. Wer "wir" sind? Fast hätten wir es vergessen: Das *Friedensforum* Münster, das sich Aktion und Zeitung ausgedacht hat, ist ein Kreis von Menschen und Initiativen, die der Friedensarbeit in Münster und Umgebung mehr Öffentlichkeit verschaffen wollen. Mehr darüber finden Sie auch in dieser Zeitung.

Wir hoffen, man sieht sich!

PS.: Wenn Ihnen unsere Zeitung oder die Aktion gefällt, können Sie uns eine Spende zukommen lassen. Damit finanzieren wir die Arbeit des Friedensforums und Aktionen wie den Ostermarsch. Nähere Informationen auf Seite 8.

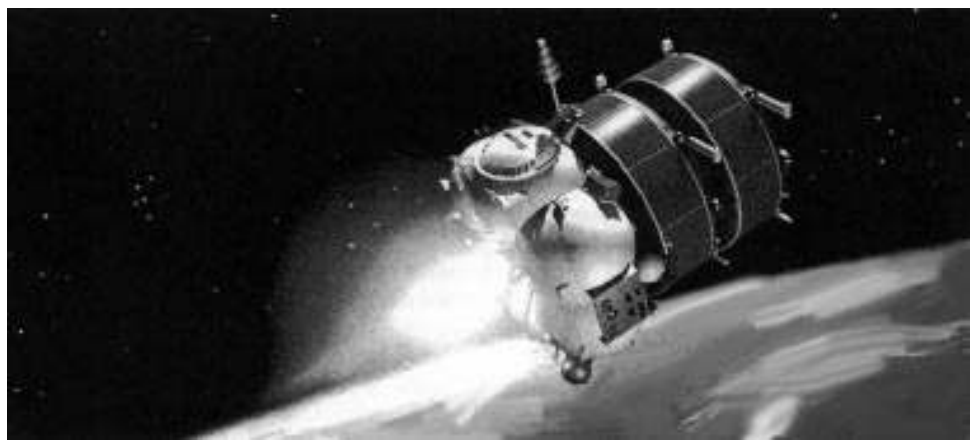
Vielen Dank!

Den Krieg im Weltall stoppen – Atomwaffen abschaffen!

Von **Juliane Brüggemann**

Geht es nach Plänen der US-Regierung wird im kommenden Jahrzehnt eine Nationale Raketenabwehr, kurz NMD, im Weltraum installiert. Falls diese Absichten verwirklicht werden, droht ein erneutes Hochrüsten. China hat bereits erklärt, das Potential seiner Offensivwaffen auszuweiten und den Rüstungshaushalt drastisch erhöht.

Bereits in den 60er Jahren propagierte Edward Teller, der Erfinder der Wasserstoffbombe, ein die Erde umfassendes Netz von Abfangraketen, Killersatelliten und Laserplattformen. US-Präsident Ronald Reagan griff den Gedanken auf und forderte ein Schutzschild im Weltraum, das die USA unverwundbar machen sollte. SDI (Strategic Defense Initiative) konnte nicht verwirklicht werden, aber seitdem wurden bis zum Jahr 2000 bereits 120 Milliarden Dollar für die Forschung an Raketenabwehrsystemen im Weltraum ausgegeben.
Der neue amerikanische Präsident Bush läßt keinen Zweifel daran, dass er diese Pläne mit allen Mitteln durchsetzen will. Mit Steuermilliarden für NMD wollen sich die USA einen technologischen Vorsprung sichern und ihre Vormachtstellung ausbauen. Die Strategiepapiere der US-Air Force sprechen eine deutliche Sprache, "militärische Dominanz im Weltraum, um die US-Interessen und Investitionen zu schützen. Die Weltraumstreitkraft soll eingebunden werden in die Kriegsführungsmöglichkeiten für das gesamte Konfliktspektrum". General Joseph Ashey, der frühere Oberbefehlshaber des US-Weltraum-Kommandos drückt sich noch deutlicher aus: "Auch wenn es manche nicht hören wollen: Wir werden im Weltraum kämpfen. Wir werden aus dem Weltraum kämpfen, und wir werden in den Weltraum hinein kämpfen." Weltweit wird dies katastrophale Folgen haben, denn die Staaten, die im Besitz von Atomwaffen sind, werden weiter aufrüsten, um selber nicht angreifbar zu sein. Ein neuer Rüstungswettlauf ist zu erwarten. Die geplante Raketenabwehr schafft nicht mehr Sicherheit, sondern sie zerstört die Grundlagen der Rüstungskontrolle. Die Abrüstungsbemühungen der letzten Jahre werden gefährdet.



Im Mai 2000 endete die Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) mit einem von allen Staaten unterschriebenen Abschlussdokument, worin u.a. die eindeutige Verpflichtung zur vollständigen Abschaffung der Atomwaffenarsenale hervorgehoben wurde. Die auf der UN-Generalversammlung 2000 verabschiedete Resolution zur „Neuen Agenda", die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde, griff diese Forderungen auf. Die NATO bekennt sich zwar zu den Beschlüssen des NVV-Vertrages, ihre Strategie weist aber in eine andere Richtung. Wiederholt ist u.a. von Seiten der Nichtregierungsorganisationen auf die Verstösse der NATO-Nuklearstrategie gegen geltendenes Völkerrecht hingewiesen worden, denn die NATO:

- hat im Dezember 2000 ihre Nuklearstrategie bekräftigt und durch neue Direktiven ausgeweitet. Sie besteht in ihrer Nukleardoktrin auch für die Zukunft auf der Notwendigkeit von Atomwaffen und weist diesen auf unabsehbare Zeit eine „wesentliche Rolle" in der Gesamtstrategie des Bündnisses zu. Das ist mit dem Atomwaffensperrvertrag nicht vereinbar.
- lehnt jeden Verzicht auf einen möglichen Einsatz von Atomwaffen in einem militärischen Konflikt strikt ab,
- behält sich sogar den atomaren Ersteinsatz von Atomwaffen vor, und
- richtet ihre nukleare Drohung neuerlich auch gegen Nicht-Atomwaffen-Staaten.

Die Bundesregierung hätte, um ein neues nukleares Wettrüsten zu verhindern, gegenüber den USA unmissverständlich ihre Ablehnung des geplanten nationalen Raketenabwehrsystems zum Ausdruck bringen und die USA sowohl zur unverzüglichen Ratifizierung des Atomteststoppvertrags (CTBT) als auch des START II Vertrages und zu Verhandlungen über START III drängen müssen.

Stattdessen scheint sie sich als Akteur im Prozess nuklearer Abrüstung und der Verhinderung eines neuen nuklearen Wettrüstens zu verabschieden und sich sogar eine Beteiligung an diesen gefährlichen Plänen vorstellen zu können.

Dabei wäre es unbedingt notwendig, Schritte zur nuklearen Abrüstung mit nachfolgenden Forderungen einzuleiten:

- Aufgabe der „nuklearen Teilhabe", die mit dem völkerrechtlich wirksamen Verzicht Deutschlands auf jede unmittelbare oder mittelbare Verfügungsgewalt über Atomwaffen nicht vereinbar ist.
- Schnellstmögliche Beseitigung der in Deutschland und anderen europäischen Ländern stationierten Atomwaffen.
- Einleitung einer Initiative zu einer „nuklearwaffenfreien Zone Europa".

Wer Frieden und Sicherheit will, sollte auf Kooperation und nicht auf Konfrontation setzen. Weltraumsatelliten sollten zur Überwachung von Abrüstungsmaßnahmen genutzt werden. Falls die Pläne zur Militarisierung des Weltraums realisiert werden, sind die Chancen auf Abrüstung der Massenvernichtungswaffen gering geworden.
In der Bundesrepublik engagieren sich immer mehr Menschen gegen diese Vorhaben.

Kontakt über
Reiner Braun,
NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Friedens- und Zukunftsfähigkeit,
ines_nat@t-online.de

Juliane Brüggemann ist Berufsschullehrerin und arbeitet mit im Friedensforum Münster

Uranmunition tötet weiter - Aufklärung wird unterdrückt

Haben NATO-Soldaten durch den Einsatz von Uranmunition im Krieg um Kosovo gesundheitliche Schäden davongetragen? Viele Anzeichen sprechen dafür, auch wenn die Regierungen dementieren. Noch wahrscheinlicher ist es jedoch, dass jugoslawische und kosovo-albanische Soldaten und Zivilisten unter den Folgen völkerrechtswidriger Kriegführung der NATO zu leiden haben. Neun Tonnen Munition mit abgereichertem Uran (DU) warf die NATO über Jugoslawien ab. Auch wenn die davon ausgehende Strahlung nur gering sein mag, so gibt es längst wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gefahren niedrig dosierter Radioaktivität. Beim Einschlag verdampftes und zu Staub zerborstenes Uran kann eingeatmet werden und so direkt die Lunge angreifen. Und: DU ist nicht nur radioaktiv, es ist zudem hoch giftig. Niemand kann sagen, wie es sich in den nächsten Jahren in der Umwelt verhalten wird. Wird es die Böden verseuchen, das Grundwasser vergiften? Oder wird es "nur" Kinder, die mit Munitionsresten spielen, zum Krebstod verdammen?
Sicher ist: Die NATO-Oberen wussten um die Risiken der DU-Munition. Sie haben die Gefahren für die Bevölkerung im Kriegsgebiet, aber auch für die eigenen Soldaten, billigend in Kauf genommen. Die Vorsichtsmaßnahmen der US-Army und die Sperrung bestimmter Gebiete für die Bundeswehr sprechen eine deutliche Sprache.
Die Bereitschaft der Militärs und Politiker, einfache Soldaten und Zivilbevölkerung einem "durchschlagenden" Sieg zu opfern, ist nicht erstaunlich. Erstaunlich ist die grenzenlose Heuchelei, mit welcher ein Rudolf Scharping nun als Gegner der DU-Munition auftritt. War doch eine der ersten Amtshandlungen der rot-grünen Bundesregierung 1999 die Teilnahme an der Verabschiedung eines neuen NATO-Grundlagenpapiers. Darin fordert die NATO weiterhin ihr "Recht", Atomwaffen zu besitzen, herzustellen und im Krieg auch als erste einzusetzen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat 1996 nicht nur den Einsatz von Atomwaffen, sondern bereits die Drohung sie einzusetzen für völkerrechtswidrig erklärt.
Der NATO ist das egal. Mit Ausnahme von Außenminister Fischer, der zumindest den (viel zu zaghaften) Versuch einer Intervention gegen diese kriminelle Atomwaffenpolitik unternahm, schwieg die Bundesregierung. Umso nötiger ist Aufklärung durch unabhängige Wissenschaftler. Was Prof. Albrecht Schott jedoch bei dem Versuch erlebte, Informationen gegen DU zu sammeln und zu verbreiten, schildert er in einem Brief an den Bundesnachrichtendienst: "... seit Herbst 1999 befasse ich mich mit DU (Depleted Uranium, abgereichertes Uran) ... Da DU die Erde faktisch unbewohnbar macht und die Bewohner der kontaminierten Gebiete ausrottet, habe ich im April 2000 eine Resolution zur Ächtung von DU formuliert. Juristisch fehlen nach Ansicht Einzelner Feinheiten der Beweisführung über die Wirkung von DU. Für mich persönlich bestehen keine Zweifel an der Kausalität. Zur Schließung dieser Lücke bemühe ich mich um den Nachweis der Schädigung von Organen durch DU. Im Verlauf meines Bemühens zum Erhalt entsprechender Gewebeproben wurde mir Folgendes mitgeteilt:
1. Ein Kurier mit Gewebeproben zur Analyse von Uran wurde auf dem Weg von Bagdad nach Amman in die Luft gesprengt. Mensch und Proben wurden zerstört.
2. Ein sich mit der DU-Problematik befassender US-Arzt wurde erschossen.
3. Eine (durch DU) dienstunfähig geschädigte US-Golfkriegsveteranin wurde in ihrem Auto während der Fahrt mit einem Brandsatz attackiert. Sie überlebte.
4. Die Bremsschläuche des neuen PKws eines Wissenschaffiers, der sich mit der DU-Problematik befasst, wurden durchtrennt. Er überlebte.
5. Ein US-Bürger, Mitglied der humanitären Einrichtung Bruderhöfe, nahm an einem DU-Vortrag teil. Währenddessen wurde sein Haus verwüstet, nichts entwendet. Das Entsprechende habe ich ebenfalls erlebt.
6. In seiner Abwesenheit erschienen bei der Frau eines UK-Golfkriegsveteranen, der durch DU erkrankt und an den Rollstuhl gefesselt ist, vier Polizisten und beschlagnahmten seinen PC samt der Daten.
7. Die Sicherungsanlage meines Hauses wurde während des Besuchs einer internationalen DU-Konferenz außer Funktion gesetzt.
8. Die Telefon- und Internet-Einrichtung eines Kollegen wurde bisher zwei Mal außer Funktion gesetzt.
Nach Wahrscheinlichkeitsrechnung kann es sich bei diesen Vorgängen nicht um eine rein zufällige Häufung handeln. Obwohl bekannt ist, dass Medien zu manchen gesellschaftsrelevanten Tatbeständen schweigen, werde ich einige - international ausgewählte - nachrichtlich informieren. Diese Vorgänge sind unvereinbar mit Rechtsstaatlichkeit.
Offenbar hat man bei humanitärer Tätigkeit dieser Art damit zu rechnen, sich in einer Leichenhalle wiederzufinden. Demnächst werde ich mich in den Irak begeben. um vor Ort die Folgen des DU-Einsatzes anzuschauen. Unsere Arbeit und der Umgang mit uns wird sorgfältig beobachtet." Die Antwort des Bundesnachrichtendienstes auf diese bedenklichen Vorfälle bedarf keines Kommentars:

"**Sehr geehrter Herr Professor Schott,** gestatten Sie mir, dass ich Ihnen zunächst zu Ihrem besseren Verständnis den Auftrag des *Bundesnachrichtendienstes* erläutere. Dieser sammelt als Auslandsnachrichtendienst zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, die erforderlichen Informationen und wertet sie aus. Über die Erkenntnisse aus seiner Tätigkeit unterrichtet er den Chef des *Bundeskanzleramtes* und die Bundesminister im Rahmen ihrer Zuständigkeiten.
Das von Ihnen vertretene Ziel - Ächtung des militärischen und zivilen Gebrauchs von Depleted Uranium - liegt außerhalb des gesetzlichen Aufklärungsauftrages des Bundesnachrichtendienstes. Ebenso liegen die von Ihnen geschilderten Vorfälle nicht in seinem Zuständigkeitsbereich. Eine inhaltliche Stellungnahme des Bundesnachrichtendienstes zu Ihrem Schreiben verbietet sich deshalb.
(leicht gekürzt)

Atombombenopfer Sumiteru Taniguchi zeigt seine Verletzungen bei einer Veranstaltung in Nottuln

Weitere ausführliche Informationen über DU-Munition gibt es auf der Homepage www.bundeswehr-abschaffen.de der DFG-VK Schleswig-Holstein

BIKE for PEACE - Karsamstag, 14. April 2001

11:30 Lambertikirche: Friedensgebet.
Veranstalter: Mahnwache für Frieden und Solidarität.
12:00 Prinzipalmarkt: Auftakt
Rüstungsexporte stoppen! Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK.
NATO auflösen! Maria Hellenkamp, Aktionsbündnis gegen den Krieg.
Konflikte zivil bearbeiten! Dr. Jens Dechow, Forum Ziviler Friedensdienst.
12:50 Deutsch-Niederländisches Korps: Gegen Euromilitarisierung und Abendmärsche: Dr. Joachim Hetscher, PDS-Ratsherr, Ewald Halbach, DKP.
13:30 Kreiswehrersatzamt, Nieberdingstraße: Wehrpflicht weg!
Jusos Münster (angefragt), MdB Christian Simmert, Bündnis 90/Die Grünen (angefragt).
14:00 Gremmendorf/Loddenheide: Arbeitsplätze schaffen durch Abrüstung und Konversion: Theo Knetzger, IG Metall, Edda Boes-Wenner, S N O W e.V., Tour de Friedensnobelpreis: DFG-VK.
15:00 "Blechtrommel", Hafenstr.: Abschluss und Ausklang

Beihilfe zum Völkermord –

eine Zwischenbilanz der rot-grünen Rüstungsexportpolitik

von **Jürgen Grässlin**

Vor genau drei Jahren marschierten Sozialdemokraten und Bündnis-GRÜNE mit uns bei den Ostermärschen medienträchtig in allererster Reihe. "Stoppt die Rüstungsexporte in die Türkei" lautete ein Motto, für das VertreterInnen beider Oppositionsparteien um Unterstützung und im Herbst 1998 um Stimmen warben. Auch für dieses Versprechen wurden sie gewählt.

Was wir seither erleben ist eine friedens- und menschenrechtspolitische Kapitulationserklärung – gerade im Bereich der Waffentransferpolitik. Dabei hatte alles ganz gut angefangen: Mit den neuen "Politischen Grundsätzen" für den Kriegswaffenexport vom Januar 2000 schien ein erster Schritt in die richtige Richtung vollzogen: Denn seither wird *"der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen."*

Geradezu revolutionär sind die Veränderungen an entscheidender Stelle: *"Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen."* Was so harmlos klingt, ist der Türöffner für eine weiterhin gnadenlose Rüstungsexport-politik.
Unter Rot-Gün verdoppelte sich die Zahl deutscher Rüstungsexporte (von 1997 bis 1999).

Die Türkei – nach wie vor Krisen- und Kriegsgebiet - liegt mit Waffentransfers in Höhe von rund 1,9 Milliarden DM mit deutlichem Abstand an erster Stelle der Empfängerländer.

Mittlerweile hat der Bundessicherheitsrat die Lieferung einer Munitionsfabrik der deutschen Rüstungsfirma Fritz Werner in die Türkei genehmigt. Bundesaußenminister Joschka Fischer hat dagegen votiert und ansonsten geschwiegen. Deutsche Munition aus deutschen Gewehrläufen ist eine todsichere Form der Beihilfe zum Massenmorden an Kurdinnen und Kurden!

Im Nahen Osten werden weiterhin nahezu alle Staaten mit deutschen Waffen, Rüstungsgütern beliefert. Weitere Rüstungsexporte an das menschenrechtsverletztende türkische Militär sind geplant, u.a. eine Lizenzvergabe für das neue Gewehr G36 der Oberndorfer Waffenschmiede Heckler & Koch.
Worin also besteht der Fortschritt? Immerhin legt die Rot-Grüne Bundesregierung dem Deutschen Bundestag alljährlich einen Rüstungsexportbericht vor. Dann wissen wir wenigsten hinterher, welcher Schurkenstaat wann welche deutsche Waffen erhalten hat. An Faktenlage aber hat sich nichts geändert zur Situation unter der Kohl-Regierung. Einzige Änderung: Noch mehr deutsche Waffen und deutsches Geld morden immer noch in aller Welt.

Papier ist geduldig, nicht aber die Lobbyisten der Rüstungsindustrie.

Die Folge: Der Rüstungsriese Daimler-Benz, heute Daimler- Chrysler, konnte mittels seiner Geschäftspolitik grenzenloser Waffentransfers in die top ten der Weltwaffenlieferanten aufsteigen. Die Waffenschmiede Heckler & Koch (H&K) avancierte – rechtlich im Gleichschritt mit den jeweiligen Bundesregierungen – zum Weltmeister bei Lizenzvergaben im Handfeuerwaffenbereich. Nahezu alle Militär- und Polizeieinheiten in Afrika, Mittel- und Südamerika verfügen mittlerweile über G 3-Gewehre und MP 5-Maschinenpistolen. Bis heute findet das Morden in den Kriegen rund um den Globus mit deutschen Waffen statt, die in der Regel auf beiden Seiten der verfeindeten Parteien im Einsatz sind.

Nach Verabschiedung dieser Grundsätze hat in den Schaltzentralen des militärisch-industriell-politischen Komplexes (MIP) das Lamentieren begonnen. Arbeitsplätze würden verloren gehen, Profite sind gemeint. Doch warum der ganze Zinnober? Die neuen "Politischen Grundsätzen" machen auch den deutschen Rüstungsproduzenten und –exporteuren Mut. Denn bevor das Wort "Menschenrechte" zum ersten Mal fällt, wird den MIP-Vertretern versichert, dass die Waffentransfers auch in Zukunft "am Sicherheitsbedürfnis und außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren" seien.

Was aber wird sein, wenn die Menschenrechtsverletzungen wiederholt aber unregelmäßig stattfinden? Was, wenn sich die Empfängerländer deutscher Waffen – wie zu befürchten - nicht immer an die Endverbleibsverein-barung halten? Was, wenn das Sicherheitsbedürfnis und außenpolitische Interesse der Bundesrepublik weitere Rüstungsexporte vonnöten macht. Waffen für Bosnien, Kroatien, Israel, Saudi-Arabien oder Indonesien sind auch nach dieser Definition auch zukünftig möglich. Vor allem dank der SPD, ihrem rüstungskonformen Kanzler sowie den Lobbyisten im Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium. Aber auch Dank eines im alles entscheidenden Moment im Bundessicherheitsrat kuschenden Joschka Fischer.

Sprengstoff pur bergen Panzer-, Hubschrauber- und Gewehrlieferungen an die Türkei, zugleich NATO-Partner und einer der schlimmsten Menschenrechts-verletzer weltweit. Mit dem verabschiedeten Text der "Politischen Grundsätze" halten sich die Verantwortlichen in Berlin alle Optionen offen – von Restriktionen bis zum Freifahrschein. Dem türkischen Militär fehlt derzeit das Geld, die 1000 Leos "Made in Germany" zu ordern. Diesmal scheint die Bundesregierung noch mit einem blauen Auge davonzukommen.

Vor Jahren sind CDU-Verteidigungsminister über Geschäfte mit dem Tod gestürzt. Sollte es so kommen,

wie zu befürchten steht, dann werden wir unsere Mittel ausschöpfen. Dann werden wir demonstrieren und blockieren müssen – gegen rot-grün und für die Menschenrechte.

Jürgen Grässlin ist Lehrer in Freiburg im Breisgau, rüstungskritischer Autor und Bundessprecher der DFG-VK. Bei der Auftaktkundgebung von „Bike for Peace" wird er einen Beitrag zum Thema Rüstungsexport halten.

Die Roma – Verfolgte ohne Heimat

Flüchtlinge in Deutschland – ohne Bleiberecht

Von **Anna Laumeier**

Seit Ende der 80er Jahre kommen Roma als Flüchtlinge nach Westeuropa. Sie kamen und kommen als Opfer der Kriege auf dem Balkan, sie fliehen vor Gewalt und Vertreibung.
Kaum jemand der seitdem in Deutschland lebenden Roma hat bis heute einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten. Seit Jahren leben sie unter uns, lediglich mit Duldungen ausgestattet ohne Zukunft und Perspektive – auch in Münster.

Die Integration in die deutsche Gesellschaft wird nachhaltig verhindert. Die Folgen sind insbesondere für die Kinder und Jugendlichen katastrophal. Nicht ausreichende Schulbildung, die Verweigerung der Berufsausbildung, keine Arbeit durch Arbeitsverbot oder Nachrangigkeit bei der Arbeitsvermittlung, beengte Unterbringung in Großunterkünften. Die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit vermittelt den Familien über viele Jahre das Gefühl, in Deutschland nicht „ankommen" und schon gar nicht bleiben zu dürfen.

Vertreibung der Roma aus dem Kosovo
Im gesamten Kosovo gehen seit Kriegsende nationalistische Albaner mit brutaler Gewalt und Vertreibung gegen Angehörige ethnischer Minderheiten vor, die dort seit Jahrhunderten beheimatet waren – Serben, Roma, Ashkali, Kroaten, Bosniaken, Türken, Gorani, Tscherkessen und slawische Muslime. Insb. die Roma des Kosovo sind Opfer von gewalttätigen Übergriffen, schweren Belästigungen und Drohungen, von Raub, Mord und Zerstörung ihrer Häuser.

UNHCR und OSZE beziehen in ihrer gemeinsamen „Einschätzung der Situation der ethnischen Minderheiten" (Sept. 2000) deutlich Stellung: *„Solange die Sicherheit nicht verbessert werden kann, werden viele Minderheitengruppen weder sozial noch wirtschaftlich lebensfähig sein, von humanitärer Hilfe für ihr Leben abhängen und kaum eine andere Wahl als die Ausreise haben. Mord, Brandstiftung und weniger gewalttätige Formen der Einschüchterung stellen immer noch eine alltägliche Realität für viele Minderheitengruppen dar, deren Mitglieder unverhältnismäßig oft Opfer von Verbrechen werden."*
Die Innenministerkonferenz (IMK) hat am 23./24.11.00 das Thema behandelt: *„Die IMK ist sich darüber einig, dass aufgrund der Situation vor Ort Abschiebungen von Minderheiten in den Kosovo nicht vor April nächsten Jahres möglich sein werden."* Die Flüchtlinge haben Angst, in wenigen Tagen oder Wochen durch die nun wieder einsetzenden Abschiebungen zwangsweise in ein Land verbracht zu werden, in dem sie an Leib und Leben gefährdet sind. Die nächste IMK findet Mitte Mai 2001 statt; welche Entscheidungen sie treffen wird, ist ungewiß.

Demonstration der in Münster lebenden Roma-Flüchtlinge am 19. Januar 2001.
Foto: K. Vogler

Zukunft für das Volk der Roma
Die Roma sind ein europäisches Volk – ohne Heimat und ohne Minderheitenrechte. Die ernsthafte Beachtung der Grundrechtscharta, die Einhaltung der Europ. Menschenrechtskonvention und die innerstaatliche Umsetzung der Antidiskriminierungsleitlinien der EU verböten jede weitere Abschiebung von Roma nach Osteuropa oder das ehemalige Jugoslawien. Notwendig ist ein europaweites Bleiberecht für Roma, ohne aufenthaltsrechtliche Beschränkungen. Die Roma sollen in dem EU-Staat leben können, in dem sie leben wollen.

Anna Laumeier arbeitet für die Verfahrensinformationsstelle für Flüchtlinge (ViS), Münster Ausführliche Informationen und aktuelle Broschüren zur Situation der Roma sind in der ViS erhältlich: Herwarthstr.2 48143 Münster Tel. 51053 70

Die Bundeswehr auf dem Weg in den nächsten Krieg

von **Tobias Pflüger**

Es tut sich derzeit Grundlegendes im Bereich der Veränderung der Bundeswehr, doch die klassischen Medien berichten es nicht. Am 29. Januar legte Rudolf Scharping sein Ressortkonzept „Die Bundeswehr der Zukunft“ vor. Die gesamte Republik diskutierte daraufhin, welche Bundeswehr-Standorte wo geschlossen werden sollen. Das ging aber ziemlich am Thema vorbei. Thema des Ressortkonzeptes war „eine Veränderung der Bundeswehr von Grund auf“. In der Einleitung des Ressortkonzeptes steht schwarz auf weiß, um was es geht: *„Wesentliche Leitgedanken dieser Umstrukturierung sind die Bündelung von Aufgaben, der streikräftegemeinsame Ansatz und die Konzentration der Streitkräfte auf den Einsatz“*. Und weiter: *„Die Bundeswehr wird kleiner, im Hinblick auf die gewandelten Anforderungen jedoch moderner und leistungsfähiger.“* Das ist das, was wir von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) als qualitative Aufrüstung bezeichnen.

Fast alle Tageszeitungen mit Ausnahme von „Die Welt“, „FAZ“ (mit einigen Tagen Verzögerung), „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ haben bei der Vorlage des Ressortkonzeptes und ebenso bei der schnellen verbindlichen Verabschiedung nicht einmal drei Wochen später am 16. Februar davon gesprochen, die Standortschließungen seien zwangsläufig und Ergebnis von „Sparmaßnahmen“, zum Teil wurde gar von Standortschließungen aufgrund von „Abrüstung“ geschrieben.
Es geht bei diesem Ressortkonzept und damit bei den Standortschließungen um die Effektivierung der Bundeswehr und den nächsten Schritt hin zur Interventionsarmee. Hauptveränderung mit dem Ressortkonzept ist, daß nun 150.000 „Einsatzkräfte“ für Militäraktionen, Kampfaktionen und Krieg außerhalb Deutschlands und der NATO zur Verfügung stehen werden. Das ist fast eine Verdreifachung der bisherigen „Krisenreaktionskräfte“.

Der Stellenwert der Standortschließungen
Die Aufgabe der Bundeswehr ist es nicht, in der Fläche Menschen wirtschaftlich zu versorgen, die jetzige Aufgabe der Bundeswehr ist es, zukünftig fähig zu sein, weitere Kriege zu führen oder daran teilzunehmen.
Es ist falsch nur über Standortschließungen zu diskutieren, ohne zu fragen, warum denn Standorte geschlossen werden. Sie werden geschlossen, weil sie nicht notwendig sind für die neue Interventionsarmee Bundeswehr.

Wer sich nun auf politischer Seite, bei der Bundeswehr und in der Bevölkerung gegen Standortschließungen ausspricht, müßte sich eigentlich für den Erhalt der alten Bundeswehr, die offiziell zur Landesverteidigung da war, einsetzen und mit uns gegen die neue Bundeswehr als Interventionsarmee politisch kämpfen. Über die letzten Jahre haben wir allerdings genau das schmerzlich vermißt, daß von Soldaten und aus dem politischen Raum Widerstand gegen die Herausbildung der neuen kriegsfähigen Interventions-Bundeswehr gekommen wäre.

Tobias Pflüger bei einer Veranstaltung in Münster

Scharpings Kämpfer und nun auch Kämpferinnen bleiben zukünftig an 463 Standorten kaserniert (nur 38 werden geschlossen, zusätzlich 92 Kleinststandorte bis 50 Dienstposten) Für sie gilt: *„Flächendeckende Stationierung ist die die wesentliche Voraussetzung für die Nachwuchsgewinnung.“* Insofern gilt für uns: Je mehr Kasernen geschlossen werden, desto besser. Aber: Es müssen die richtigen sein. Fangen wir mit dem Kommando Spezialkräfte in Calw an und machen dann alle Standorte der „Einsatzkräfte“ dicht. Das wäre eine Standortdebatte die Sinn macht, sagt mein IMI-Kollege Arno Neuber zum Ressortkonzept.

Es ist dringend vonnöten, daß in den Regionen, in denen Bundeswehrstandorte geschlossen werden, statt sinnlos gegen Schließungen zu demonstrieren, nun Standort-Konversionskonzepte vorgelegt werden. Gute Erfahrungen gibt es damit beispielsweise in Brandenburg. Der dortige Konversionsbeauftragte Roland Vogt und sein Team haben schon so manche Förderung für die Konversion (die Umwandlung bisher militärisch in zivil genutzte Liegenschaften) zum Beispiel bei der EU loseisen können.
Die Bundeswehr wird auch in Zukunft noch kleiner und immer mehr Richtung Kampf- und Kriegseinsätze gebracht werden. Wer also auf Arbeitsplätze bei der Bundeswehr oder Arbeitsplätze im Umfeld der Bundeswehr setzt, setzt nicht auf „sichere Jobs“, sondern auf „todsichere Jobs“.

Die kriegsführungsfähige Bundeswehr
Neu im vorliegenden Ressortkonzept ist die Einführung mehrerer spezieller (Kampf-)Divisionen: *„Das Heer verfügt in Zukunft über fünf mechanisierte Divisionen, eine Division für Luftbewegliche Operationen (DLO) sowie eine Division für Spezielle Operationen (DSO) ... Der DSO unterstehen zwei Luftlandebrigaden und das Kommando Spezialkräfte.“* Dies ist die Fortführung des Aufbaus von speziellen Bundeswehr-Kampfeinheiten für Kriegseinsätze. Das Kommando Spezialkräfte in Calw bleibt die Speerspitze der neuen Bundeswehr.

Die Vorgaben der bisherigen Strategiepapiere werden nun Stück für Stück umgesetzt. Wer jetzt noch an eine Bundeswehr zur Landesverteidigung glaubt, befindet sich im Märchenland. Im Bericht der Weizsäcker-Kommission hieß es: *„Die Aufgaben der Bundeswehr haben sich völlig geändert. Die Bundeswehr wird vornehmlich außerhalb Deutschlands eingesetzt werden, entweder zur kollektiven Verteidigung eines Bündnispartners, oder was wahrscheinlicher ist, zu regional begrenzten Einsätzen der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung.“* Und weiter: *„Die Kommission empfiehlt Fähigkeiten, Strukturen und Umfänge der Bundeswehr primär aus der Eignung zu Kriseneinsätzen abzuleiten. Die Orientierung auf Kriseneinsätze erfordert eine grundsätzlich neue Bundeswehr.“*

Am deutlichsten wird die Neuausrichtung der Bundeswehr im Papier der Militärs selbst. Der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur von Kirchbach hat es auf den Punkt gebracht: *„Streitkräfte werden sich in Zukunft auf ihre militärischen Kernfunktionen konzentrieren.“* Was sind militärische Kernfunktionen? Was kann nur Militär? Richtig: kämpfen, Krieg führen und töten.
Die Bundeswehrführung und die rot-grüne Bundesregierung setzen mit dieser Entwicklung der Bundeswehr zur Interventionsarmee ihren Weg der Militarisierung fort: Sie tun dies, obwohl die neue Bundeswehr grundgesetzwidrig ist: Im Artikel 87a des Grundgesetzes heißt es: *„Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“* Im Artikel 26.1. wird das „Verbot eines Angriffskrieges“ festgeschrieben.
Die Umwandlung der Bundeswehr zur Interventionsarmee führt zudem wieder Krieg als Mittel der Politik ein. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien war ein Grundmuster zukünftiger Kriege der NATO und damit auch der Bundeswehr. Ein Hinweis auf den Probecharakter des NATO-Krieges ist folgender Satz in der NATO-Strategie: *„In diesem Zusammenhang erinnert das Bündnis an seine späteren Beschlüsse in bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan.“* Und das im verbindlichen Strategiepapier für die nächsten fünf bis zehn Jahre!

Die Bundeswehr auf dem Weg in den nächsten Krieg. Und wo könnte der stattfinden? Mazedonien und Montenegro sind nach wie vor Kandidatenländer für NATO-Interventionen. Volker Rühe, Scharpings Vorgänger, hat sich derweil in einem Grundsatzpapier Gedanken gemacht, wie Deutschland beim Kampf um den Zugang zum Öl des Kaspischen Meeres mitmischen könnte. In der “Frankfurter Rundschau” schwadroniert er über deutsche Interessenwahrnehmung im Kaukasus. Ein zukünftiges Kriegsgebiet mit Beteiligung der Bundeswehr? Wollen wir es nicht hoffen.

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.,

Kontaktadresse:
Hechingerstrasse 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071-49154
Fax:07071-49159
E-Mail:IMI@imi-online.de
URL:http://www.imi-online.de

Ohne Rüstung Leben startet Aktion gegen Kleinwaffen

Kleinwaffen passen perfekt in Kinderhände. 300 000 Jungen und Mädchen werden weltweit zum Schießen und Töten mit Kleinwaffen gedrillt. Eine dieser Kleinwaffen in Kinderhänden ist das Sturmgewehr G 3 - hergestellt von Heckler & Koch aus Oberndorf am Neckar. Über drei Millionen Menschen - die meisten von ihnen Kinder und Frauen - starben allein in den letzten Jahren durch den Einsatz von Maschinenpistolen, Gewehren und anderen Kleinwaffen.
Deshalb fordert Ohne Rüstung Leben von der Bundesregierung:
Bei der „UNO-Konferenz über den unrechtmäßigen Handel mit Kleinwaffen“ im Juli 2001 soll sich Deutschland mit Nachdruck für ein nternationales Abkommen zur Begrenzung der weltweiten Flut von Kleinwaffen einsetzen.
Die Bundesregierung soll dafür Sorge tragen, dass Kleinwaffen - wie z.B. das Sturmgewehr G 3 von Heckler & Koch - nicht mehr in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert werden.
Die Bundesregierung soll verstärkt Programme zur Entwaffnung und Wiedereingliederung von (Kinder-) Soldaten fördern und Maßnahmen unterstützen, mit denen Konflikte gewaltfrei bearbeitet werden.

Diese Unterschriftenaktion ist ein Beitrag von Ohne Rüstung Leben zur Dekade „Gewalt überwinden“.

Die Unterschriftslisten dieser Aktion können Sie bestellen bei:
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70107 Stuttgart
Tel:: 0711-60 83 96
Fax: 0711-60 83 57

Hoffnungsvolle Zeichen in Kriegszeiten

Förderung des Zivilen Friedensdienstes

Von **Robert Hülsbusch**

Diese Stimmen gibt es auch noch: Bundespräsident Rau hat kritische Anmerkungen zum amerikanisch-britischen Bombenangriff auf Ziele im Irak mehrfach gemacht. Wörtlich schließt er diese Kritik ab: *"Ich halte jede militärische Auseinandersetzung für falsch und vermeidbar."* Konflikte müssten vorher gelöst werden. (FR). Besonders jedoch der Jugoslawienkrieg hat wieder einmal gezeigt, dass Krieg keine Lösung sein kann. Und auch Befürworter dieses Krieges haben langsam dieses Einsehen – so Winni Nachtwei in einem TAZ-Interview: *"Wenn diese Luftangriffe das Ziel haben sollten, die Menschen zu schützen, dann ist dieses Ziel in mehrfacher Hinsicht nicht erreicht worden. Die Vertreibungen haben während des Krieges zugenommen. Es wurden Umwegziele gewählt, nämlich zivile Infrastruktur, und außerdem wurden Waffen eingesetzt, die die Bevölkerung noch heute gefährden. So sind die Überreste der Splitterbomben sehr schwer erkennbar und gelten deshalb als fast noch gefährlicher als Landminen. Das ist ein dreifacher Widerspruch zum Ziel einer humanitären Intervention."*

Und dennoch schreitet die Militarisierung der europäischen und deutschen Außenpolitik im Rahmen einer Nachrüstung als Konsequenz aus diesem Krieg weiter voran. Aber es gibt auch hoffnungsvolle Zeichen: Zum ersten Mal wird in der BRD auch intensiv über Krisenprävention und über ziviles Krisenmanagement nachgedacht und es wurden – auch von der rot-grünen Regierung - wichtige Schritte eingeleitet. Daran hat der Abgeordnete Nachtwei einen nicht unwesentlichen Anteil. Im Koalitionsvertrag ist die Etablierung einer Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung enthalten.

Vieles passiert seitdem: Verschiedene Ministerien arbeiten zum ersten Mal intensiv in dieser Frage zusammen und entwickeln gemeinsame Konzepte (z.B. AA, BMZ,.) Es gibt zum ersten Mal ein "Gesamtkonzept Krisenprävention des Bundessicherheitsrates", das einen umfassenden Sicherheitsbegriff enthält, das bessere Koordination anstrebt, das neue Instrumente etablieren will, das eine bessere internationale Zusammenarbeit in dieser Frage anstrebt. Im Auswärtigen Amt gibt es zum ersten Mal eine Qualifizierung von zivilen Konfliktarbeitern. Ziel ist eine internationale Friedensmission auf multilateraler Ebene. Bisher fanden 10 Kurse mit ca. 200 Teilnehmern statt. Ziel ist der Aufbau eines Personalpools von 400 bis 500 Leuten, die international eingesetzt werden können. Die Bundesregierung unterstützt den Zivilen Friedensdienst z.B. im Rahmen der Entwicklungsarbeit. Sie trägt auch das NRW-Pilotprojekt zur Ausbildung von zivilen Friedenskräften mit. In NRW wurden bisher ca. 50 Friedensfachkräfte ausgebildet.

Im neuen Bundesetat wurden 29 Mio. DM für internationale Friedensbemühungen eingestellt (diplomatische Vermittlungsbemühungen zum Beispiel in Afrika, Aufbau eines Krisenzentrums in Nordafrika...) Mit 50 Mio. DM wird die Friedens- und Konfliktforschung gefördert. Eine unabhängige Stiftung wurde beschlossen, die erstens Grundlagenforschung betreiben, aber zweitens auch Politikberatung betreiben soll. Über weitere Details informiert *www.nachtwei.de*.

Der Präventionsgedanke hat im letzten Jahr eine enorme Aufwärtsentwicklung genommen. Langjährige Forderungen der Friedensbewegung sind damit aufgegriffen. Nun geht es nun darum, dies mit aller Kraft zu unterstützen und dafür Werbung/PR zu machen. Eine Möglichkeit dazu bietet die Regionalgruppe Münsterland "Förderung des Zivilen Friedensdienstes". Im Mittelpunkt der Arbeit dieses Zusammenschlusses mehrerer Friedensorganisationen aus dem Münsterland steht die Betreuung eines Friedensdienst-Projektes in Serbien. Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit ranken sich um diese Aufgabe. Weitere Mitwirkende – ob Organisationen oder Einzelpersonen – sind herzlich willkommen.

Kontakt: Michael Keimburg, Tel. 02502/527. Näheres zur Arbeit dieser Regionalgruppe: www.fi-nottuln.de.

5% weniger Rüstungsausgaben jährlich

= Fünf für Frieden und Rüstungs-Konversion!

Verkehrte Welt! Kaum wird die Bundeswehr endlich verkleinert, kaum werden in Folge dessen auch Standorte geschlossen, fängt ein erbärmliches Heulen und Wehklagen bei den Zivil-Beschäftigten und den betroffenen Gemeinden an - jedoch zu Recht!

Denn immerhin stehen urplötzlich berufliche Existenzen vor einer ungewissen Zukunft. Immerhin verlieren viele Geschäftsleute vor Ort eine sicher geglaubte regelmäßige Einnahmequelle durch die Soldaten als Kunden.

Doch wenn sich der „Bund" schon Knall auf Fall aus vielen Standorten zurückzieht, sollte er zumindest als Einrichtung, die rein aus öffentlichen Mitteln, sprich Steuergeldern finanziert wird, auch die gesellschaftliche Verantwortung für die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer veränderten Politik übernehmen! Das bedeutet im Klartext: Wenn schon Standortschließungen im aktuellen Ausmaß, dann unbedingt in öffentlicher Fürsorgepflicht mit Rücksicht auf die Betroffenen.
Doch woher sollen Ausgleichsmaßnahmen für die betroffenen Regionen kommen? Die öffentlichen Kassen sind doch ziemlich leer, die rot-grüne Koalition muss sparen. Denn die finanzielle Lage des Staates ist schlecht.

Zu diesem Thema hat die DFG-Gruppe Münster das Faltblatt „Sparen für Rüstung und Krieg: Die verschwiegenen Zusammenhänge von Rüstung und Verschuldung" herausgebracht. Es liegt am Infotisch aus oder kann kostenlos bei der untenstehenden Adresse bestellt werden...

Zurück zur Frage nach den Ausgleichsmaßnahmen: Das Geld steht - trotz Staatsverschuldung - zur Verfügung, wenn, ja wenn die ganz pragmatischen Vorschläge eines der Bundessprecher der DFG-VK, Jürgen Grässlin, endlich zur Kenntnis und Ernst genommen würden: Es geht um das Konzept „FÜNF für Frieden - Plädoyer für eine globale Abrüstungsinitiative".

Zu diesem Konzept gibt es drei ausführliche Broschüren sowie ein Basis-Info und den „Fünf-Appell" am Info-Tisch sowie unter folgender Adresse: RIB - Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg, Postfach 52 61, 79019 Freiburg, Tel. 07665-7678088

Als Konsequenz aus einer jährlich fünfprozentigen Kürzung des Militärhaushalts folgt die leicht finanzierbare Unterstützung von Rüstungs-Konversion. Das heißt ganz konkret, dass immer dann, wenn Rüstungsbetriebe oder Militärstandorte zur Schließung anstehen, soziale Härten aufgefangen werden und zivile Nutzungen als sinnvolle Umwandlung in Gang kommen. Das hierfür benötigte Geld darf aber eben nicht aus irgendwelchen Steuertöpfen stammen, sondern soll Schritt für Schritt aus dem Verteidigungsetat abgezogen werden. Denn: Ist es nicht verrückt? Überall soll gespart werden - doch für das Militär stehen regelmäßig pro Jahr rund fünfzig Milliarden DM zur Verfügung. Und in naher Zukunft werden, wenn nicht mehr Widerstand dagegen gesetzt wird, noch höhere Summen verschleudert...

Grafik: DFG-VK Münster

In den vergangenen 90er-Jahren gab es eine weltweite Bereitschaft für Abrüstungsmaßnahmen. Im beginnenden Jahrzehnt zeichnet sich eine neue Aufrüstungswelle ab. Wer erinnert sich noch an die Losung „Fix-Nix" aus den frühen 80er-Jahren? Im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss gingen damals hundertausende Menschen auf die Straßen. Dort wurde in Sprechchören ein wichtiger und direkter Zusammenhang angemahnt: „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!" Die Situation im Bildungsbereich ist schlimm genug - an unseren Schulen und Hochschulen. Es wird zum Beginn eines neuen Jahrtausends höchste Zeit, dass diese Schieflage geradegerückt wird.

Zurück zum erbärmlichen Heulen und Wehklagen aus der Einleitung. Ist es nicht wirklich eine „verkehrte Welt", wenn wegen der längst fälligen Verkleinerung der Bundeswehr keine allgemeine Freude aufkommt? Ist es nicht ein geistiges Armutszeugnis der Politiker, wenn man nur mit Mühe und Not zu kleineren Kompromissen und Zugeständnissen findet?
Eine schrittweise, deutliche Verkleinerung der Bundeswehr wird weitere Abrüstung im Sinne der internationalen Kampagne „Fünf für Frieden" erheblich erleichtern. Die aktuellen Standortschließungen dienen allerdings nicht der Abrüstung, sondern schlicht der Umverteilung im Rüstungsetat zur Bildung einer schweineteuren hochtechnisierten Angriffstruppe!

Ein Buchtipp:
Jürgen Grässlin „Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird." Knaur 1997

Deutsche Friedensgesell-schaft Münster (DFG-VK)
Achtermannstraße 10-12
48143 Münster
Tel. 414 00 38
muenster@dfg-vk.de
www.muenster.org/dfg-vk

Bürozeit und Beratung: donnerstags von 19.00 bis 21.00 Uhr

Verweigern - aber wann?

Neu: KDV-Verbände raten zu spätest möglicher Antragstellung

Die neue Bundeswehrstruktur wirkt sich auch für die Wehrpflichtigen aus. Wurden bisher noch fast alle tauglichen Männer zum Waffendienst oder Zivildienst eingezogen, so steigen mit sinkenden Truppenstärken die Chancen, ganz um den Dienst herumzukommen. - Allerdings nur für Soldaten, denn die Zahl der Zivildienststellen bleibt gleich und bei verkürzter Dienstzeit muss jetzt schon in einigen Bereichen um die Zivis geworben werden.

Diese Ungleichbehandlung nehmen die Friedensorganisation DFG-VK und die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer zum Anlass, einen ungewöhnlichen Rat zu propagieren. Wer weder Wehr- noch Zivildienst leisten will, soll mit dem Antrag auf Kriegsdienstverweigerung bis zur Einberufung warten. Je mehr KDVer sich an dieser Aktion beteiligten, umso höher werde die Chance für jeden Einzelnen, keinen Dienst leisten zu müssen. Zudem sehen die beteiligten Verbände dies als praktische Aktion gegen die Wehrpflicht an, die sie abgeschafft sehen wollen.

Erfahrene KDV-BeraterInnen weisen allerdings darauf hin, dass sich jeder Betroffene unbedingt frühzeitig und gründlich über das Verfahren und mögliche Probleme informieren sollte. Dazu gibt es vor allem im Internet regelmäßig aktuelle Fakten und umfangreiches Hintergrundmaterial.

Wer mehr wissen will, wende sich an:
www.dfg-vk.de oder
die Info-Hotline
0 20 51-42 17

Bike for Peace

Stützpunkt wird zivil inspiziert

gewaltfreie Aktion gegen Atomwaffen

Zur Zivilen Inspektion des Atomwaffenstützpunkte Büchel/Südeifel lädt die „Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen“ am Sonntag, 30. September 2001. Dort findet ein Internationaler Aktionstag mit vielfältigem Rahmenprogramm statt.

„...bei einem Atomkrieg steht nicht nur das Überleben der Feinde auf dem Spiel, sondern das Schicksal der Menschheit. Für die wahrscheinlichen Folgen eines Atomkriegs kann es keine akzeptable politische, militärische oder moralische Rechtfertigung geben. Daher ist auch die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen durch nichts zu rechtfertigen.“
General a.D. Lee Butler, am 2.2.98 vor dem National Press Club, Washington D.C.

Hätten Sie gewusst,
? dass immer noch rund 60 Atombomben im Eifelort Büchel und in Ramstein bei Kaiserslautern gelagert werden?

? dass in Büchel im Rahmen der nuklearen Teilhabe der BR Deutschland deutsche Piloten mit Bundeswehr-Tornados den Einsatz mit Atombomben üben?

? dass die Bundesregierung keinen Handlungsbedarf sieht, obwohl der Internationale Gerichtshof (IGH) 1996 die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen für generell völkerrechtswidrig erklärt hat?

Wollen Sie, dass sich das ändert?

Wir fordern die Bundesregierung auf ? die nukleare Teilhabe in Büchel aufzukündigen und sich dafür einzusetzen, dass

!alle Atomwaffen aus dem Alarmstatus herausgenommen werden und die USA, die NATO sowie Russland auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichten;

! alle US- und NATO-Atomwaffen von deutschem Boden abgezogen und alle Sprengköpfe von den Trägersystemen getrennt werden

! alle Atomwaffen weltweit geächtet und abgeschafft werden

Seit dem Spruch des Internationalen Gerichtshofs 1996 fanden „zivile Inspektionen“ von Atomwaffen in Belgien, Holland, Schottland und Deutschland statt, an denen sich auch Prominente (Minister, SchriftstellerInnen) beteiligten. Diese Aktionen bestanden darin, unerlaubt militärisches Gelände zu betreten, also einen Akt des Zivilen Ungehorsams zu leisten, um so mit besonderem Nachdruck gegen die Atomwaffenlagerung zu protestieren.

Internationaler Aktionstag 30. September 2001
Am 30.9.2001 werden wir, begleitet von einem vielfältigen Rahmenprogramm, den erneuten Versuch einer zivilen Inspektion in Büchel durchführen. Die Teilnahme an der Inspektion kann als Straftat (Hausfriedensbruch) verfolgt werden.

Für den gesamten Aktionstag ist jede Unterstützung wichtig, sowohl in der Vorbereitung als auch vor Ort im Vorfeld der Aktion (28.-30.9.). Wir brauchen Ihre und Deine Hilfe, damit die Aktion noch effektiver wird. Es werden europaweit (Niederlande, Belgien u.a.) gleichzeitig Aktionen stattfinden.

Bitte bestellen Sie sich unser ausführliches Info-Faltblatt! Sie erfahren darin mehr über
- den Fliegerhorst Büchel in der Nähe von Cochem
- die Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen
- gewaltfreien Widerstand und zivile Inspektionen
- eine vorbildliche Aktion (1983) mit Beteiligung vieler Prominenter (Heinrich Böll, Günter Grass, Petra Kelly u.v.a.)
- die Übereinkunft zum gewaltfreien Verhalten
- die möglichen juristischen Konsequenzen

Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen
Lenzhalde 53
70806 Kornwestheim
Tel. 07154-22026
Fax 07154-186643
www.gaaa.org

Bundeswehr - rechts schwenkt marsch!

Warum die Politik rechten Straftätern hilflos zusieht

von **Kathrin Vogler**

Dass die Bundeswehr zunehmend zum Tummelplatz von rechtsextrem und antidemokratisch eingestellten Männern wird ist nicht neu.
Schon 1994 ergab eine Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI), dass die Bundeswehr fast nur noch von Jugendlichen mit deutlich rechtsextremem Weltbild positiv gesehen wird. Schon damals wurde seitens der Regierungsparteien CDU und FDP die rechtsextreme Orientierung vieler Soldaten “Spiegelbild der Gesellschaft” verharmlost. Heute bemüht der SPD-Politiker Penner dieselben Floskeln, um einen Anstieg rechter Straftaten um 45% zu erklären und verordnet die selbe Medizin wie seine Vorgänger: Die politische Bildung in der Bundeswehr soll intensiviert, der Drang nach rechts außen damit gebremst werden.

Wer genaus hinschaut, der bekommt erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit dieser Therapie. Weder ist die Idee neu, noch hat sie in den vergangenen Jahren irgendeine Wirkung gezeigt. Vielmehr ist die hohe Zahl von rechten Gesinnungstätern nur die Spitze eines braunen Eisbergs, da viele Vorfälle nach wie vor aus Angst oder “Kameraderie” nicht angezeigt werden. Gerade rassistische und Gewalt verherrlichende Äußerungen von Offizieren kommen nur in Ausnahmefällen an die Öffentlichkeit. Die Darstellung des Deutschen Bundeswehrverbandes, Rechtsextremismus sei ein Problem nur bei Wehrpflichtigen und Freiwilligen, muss deshalb zurückgewiesen werden.
Die ungebrochene Attraktivität der Bundeswehr für rechtsextreme Jugendliche hat vielmehr auch mit dem Auftrag der Armee zu tun. Die Politiker sowohl der CDU/FDP-Regierung als auch der jetzigen rot-grünen Koalition haben durch die Umwandlung der Bundeswehr in eine Angriffsarmee und ihre Teilnahme am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien geradezu signalisiert, dass jetzt Soldaten gebraucht werden, die bereit sind, für deutsche Interessen in aller Welt über Leichen zu gehen.

Die Politiker sind hilf- und ratlos, was die rechten Umtriebe in der Bundeswehr angeht. Sie wissen nicht, was sie wollen. Einerseits fördern und fordern sie Gewaltbereitschaft, indem sie die Soldaten durch kriegsnahe Ausbildung zum Töten drillen lassen, andererseits äußern sie Entsetzen, wenn sich dieses Gewaltpotenzial unkontrolliert entlädt.” Die Bundeswehr ist von sich aus nicht in der Lage, diese Widersprüche aufzulösen.

Nur klare Schritte in Richtung einer Entmilitarisierung der Politik können der Gewalt innerhalb und außerhalb der Armee begegnen. Nur wer selbst auf Gewalt verzichtet, kann dies auch glaubwürdig von anderen verlangen. Die Bundeswehr muss abgerüstet, statt für neue Kriege umgerüstet werden. Um Korpsgeist und antidemokratischem Denken entgegenzutreten, braucht es gläserne Kasernen. Die Zivilgesellschaft muss kontrollieren, was sich hinter Kasernenmauern abspielt. Statt politischem Unterricht in der Bundeswehr ist eine verstärkte Auseinandersetzung der Truppe mit Opfern und Gegnern des Faschismus zu fordern. Das Verteidigungsministerium könnte den Soldatinnen und Soldaten zum Beispiel Trainings gegen Gewalt und Rassismus finanzieren, wie sie von verschiedenen Friedensbildungswerken seit Jahren mit Erfolg angeboten werden.

Daran jedoch besteht kein Interesse. Durch eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Gewalt und Gewaltfreiheit, mit Toleranz und Antirassismus, könnten den SoldatInnen ja Zweifel am eigenen Beruf und am Auftrag der Bundeswehr kommen. Also geht alles so weiter wie bisher. Und wieviel rechtsextreme Straftaten erwarten uns 2001?

Kathrin Vogler lebt in Münster, ist Bundessprecherin der DFG-VK und arbeitet mit im Friedensforum Münster.

Münster im Gleichschritt

Unter dem Motto “Münster im Leichtschritt” fanden im Juni 2000 zum zweiten Mal die so genannten “Abendmärsche” des deutsch-niederländischen Korps statt. Tausend Soldaten im Kampfanzug, begleitet von wenigen Zivilisten, marschierten stundenlang über die Promenade und durch die Stadt, Militärfahrzeuge sicherten die Route. Bürgerinnen und Bürger waren von der massiven Militärpräsenz verunsichert, manche Älteren fühlten sich gar in vergangene Zeiten zurück versetzt. Veranstaltungen wie diese Märsche, wie die Heeresschau auf dem Prinzipalmarkt, öffentliche Gelöbnisse oder Zapfenstreiche haben in erster Linie psychologische Funktion: Die Menschen sollen an das massive Auftreten von Militär in der Öffentlichkeit gewöhnt werden. Sie sollen so akzeptieren, dass das Vorhandensein von Militär etwas “ganz normales”, dass Krieg also quasi eine Selbstverständlichkeit sei. Dabei wird an die kleinste Kleinigkeit gedacht. Traten Soldaten der Bundeswehr früher normalerweise im “Ausgehanzug” in der Öffentlichkeit auf, so erscheinen sie heute fast ausschließlich im martialischen Kampfanzug. Der neue Auftrag der Bundeswehr wird so auch für Laien sinnlich erfahrbar. **kv**

Münster als Hauptquartier

Das Deutsch-Niederländische Korps in Münster wird zu einer Kommandozentrale für künftige Kriegseinsätze der NATO ausgebaut.

Das bedeutet: Münster ist wieder mal, wie so häufig in der Geschichte, Schaltstelle für Kriegsvorbereitung und -führung.

Ebenfalls an zentraler Stelle beteiligt: Das Luftwaffentransportkommando in der Manfred- von-Richthofen-Straße. Von hier aus wird der Transport von Soldaten, Waffen und Materialien in Kriegsgebiete weltweit organisiert und gesteuert. Schon vor zehn Jahren im Golfkrieg spielte das LTK diese strategisch wichtige Rolle.

Zu Recht wurden und werden deshalb sowohl das Korps als auch das LTK immer wieder zum Ziel gewaltfreier Blockaden und anderer Aktionen der Friedensbewegung. **kv**

Schritte zur Abrüstung

Die Regierung Schröder plant unter Federführung von Bundeswehrminister Scharping eine neue Aufrüstungsrunde. Die Bundeswehr wird zur Interventionsarmee umgebaut und mit neuen Waffensystemen aufgerüstet. Dafür werden nun mit Beschaffungsprogrammen in Milliardenhöhe und internationalen Vereinbarungen die Weichen gestellt. 60.000 EU-Soldaten sollen künftig für Kriegseinsätze bereit stehen. Die Rüstungsausgaben werden wieder steigen - auch auf Kosten ziviler Konfliktprävention und -bearbeitung. Militär schafft keinen Frieden. Die Militarisierung der deutschen und EU-Außenpolitik erhöht die Kriegsgefahr in und um Europa. Deshalb muss diese falsche Politik jetzt gestoppt werden. Eine Weichenstellung für eine Entmilitarisierung der deutschen Politik kann und muß jetzt erfolgen.

Eine schrittweise, deutliche Verkleinerung der Bundeswehr wird weitere Abrüstung in Europa erleichtern. Wir vertreten die Zielperspektive der Auflösung aller nationalen Armeen.
Schritte zur Abrüstung müssen in der Gesellschaft diskutiert werden und unter Mitwirkung und demokratischer Kontrolle der BürgerInnen erfolgen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, folgende erste Schritte zu unternehmen:

- Stopp der Umstrukturierungsmaßnahmen, die aus der Bundeswehr eine Interventionsarmee machen sollen und aller dazu gehörenden Rüstungsprojekte;
- Verringerung der Personalstärke der Bundeswehr auf 150 000 Soldaten bis zum Jahr 2002;
- sofortige Abschaffung der Wehrpflicht, Kürzung des Militärhaushaltes zu Gunsten von Ausgleichsmaßnahmen für den wegfallenden Zivildienst;
- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa;
  aktives Eintreten für eine Konvention zur Ächtung aller Atomwaffen;
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich.
- Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung mit mindestens 50 Mio. DM jährlich,
  das sind 1 Promille des jetzigen Rüstungsetats;
- Mindestens 10 Millionen DM jährlich für Friedens- und Konfliktforschung.

Ich unterstütze den Aufruf „Schritte zur Abrüstung“ und stimme einer Veröffentlichung zu:
Vorname, Name *Anschrift* *Beruf/Funktion* *Unterschrift*

Einsenden an: DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert, Tel. 02051-4217, Fax: -4210, E-Mail: office@dfg-vk.de

Das Debakel könnte nicht größer sein

Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag zum 2. Jahrestag des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien

Um den 24. März 2001 herum finden im ganzen Land – aber auch international – zahlreiche Veranstaltungen, Mahnwachen und Kundgebungen statt, mit denen an den Krieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 erinnert wird.

Auch zwei Jahre nach dem NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien ist die Friedensbewegung nicht bereit einfach "zur Tagesordnung überzugehen", sie ist auch nicht bereit ihren "Frieden" mit den Verantwortlichen des Krieges zu schließen. Dieser Krieg stellte eine Zäsur in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland dar. Zum ersten Mal beteiligte sich die Bundeswehr an einem Krieg, den die NATO ohne jegliches Mandat der Vereinten Nationen gegen einen souveränen Staat führte. Entsprechend engagiert ist seither über die völkerrechtliche, politische und moralische Bewertung des Kriegs diskutiert worden.

Selbsttäuschung, Lügen und andere Rechtfertigungen

Ein Ergebnis dieser Diskussionen kann heute dahingehend zusammengefasst werden: Nahezu alle von der Bundesregierung seinerzeit angeführten Gründe für die Bombardierung Jugoslawiens haben sich als Selbsttäuschung, als vorgeschobene Rechtfertigungsversuche oder als offenkundige Lügen herausgestellt.

Beispiel 1: Die "humanitäre Katastrophe", die mit dem militärischen Eingreifen "verhindert" werden sollte, hat es so nicht gegeben bzw. ist erst mit dem Krieg eingetreten. Die US-Diplomatin Norma Brown, die sich damals im Kosovo aufgehalten hatte, erklärte gegenüber dem WDR: "Jeder wusste, dass es erst zu einer humanitären Krise kommen würde, wenn die NATO bombardiert." Alle Lageberichte der Bundesregierung bis zum unmittelbaren Kriegsbeginn und alle Berichte unabhängiger OSZE-Beobachter aus dem Kosovo 1998/99 sprechen übereinstimmend von einer "bürgerkriegsähnlichen" Situation, in der serbische Sicherheitskräfte und albanische Separatisten (UCK) verwikkelt waren. Von großflächigen oder gar systematischen Vertreibungen oder Massenmorden konnte keine Rede sein.

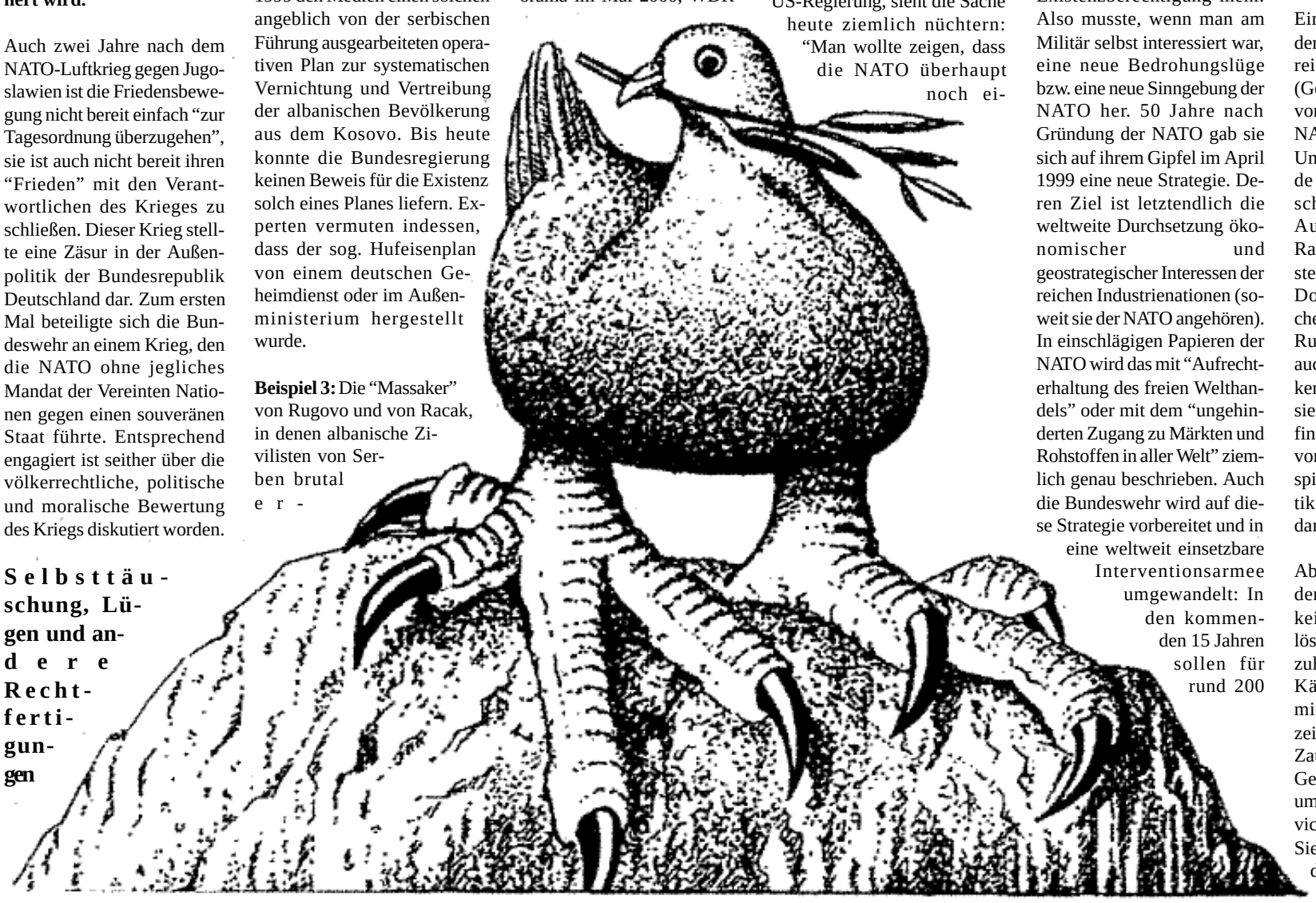
Beispiel 2: Auch den "Hufeisenplan" hat es nicht gegeben. Verteidigungsminister Scharping präsentierte im April 1999 den Medien einen solchen angeblich von der serbischen Führung ausgearbeiteten operativen Plan zur systematischen Vernichtung und Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo. Bis heute konnte die Bundesregierung keinen Beweis für die Existenz solch eines Planes liefern. Experten vermuten indessen, dass der sog. Hufeisenplan von einem deutschen Geheimdienst oder im Außenministerium hergestellt wurde.

Beispiel 3: Die "Massaker" von Rugovo und von Racak, in denen albanische Zivilisten von Serben brutal ermordet worden sein sollen, hat es ebenfalls so nicht gegeben. OSZE-Mitarbeiter und unabhängige Gerichtsmediziner, die diese Vorfälle (im Januar bzw. Februar 1999) untersucht haben, kamen zum Ergebnis, dass es sich im ersten Fall (Rugovo) keineswegs um ein Massaker gehandelt hat, vielmehr seien die 24 toten Albaner (keine Zivilisten, sondern UCK-Kämpfer) bei einem Gefecht getötet und anschließend an einen Ort zusammen getragen worden. Im zweiten Fall (Racak) - hier waren über 40 tote Albaner zu beklagen - konnten die Gerichtsmediziner keine Anzeichen auf eine Erschießung feststellen. Wahrscheinlich sind die Toten ebenfalls Opfer eines Gefechts geworden und erst nachträglich an einem Ort nebeneinander gelegt worden.

Eine Aufarbeitung des Krieges fand nicht statt

Vieles von dem, was zum Teil erst Monate nach dem Krieg von Wissenschaftlern, Journalisten, OSZE-Mitarbeitern und anderen Augenzeugen recherchiert und der Öffentlichkeit präsentiert wurde, musste den verantwortlichen Politikern schon damals bekannt gewesen sein. Nichtsdestoweniger beteiligten sie sich an der NATO-Propaganda vom zwar illegalen (weil völkerrechtswidrigen), aber "legitimen" Krieg, der um der Menschenrechte Willen geführt worden sei. Was die Sache bis heute aber fast noch schlimmer macht, ist die Tatsache, dass auch nach den diversen Enthüllungen unabhängiger Medien (z.B. Panorama im Mai 2000, WDR-ARD im Februar 2001) kein Politiker der Regierungskoalition bereit ist, den Krieg neu zu bewerten oder gar zuzugeben einen Fehler gemacht zu haben. Es scheint nach wie vor bequemer einer Lebenslüge aufzusitzen, als der Wahrheit ins Auge zu schauen.

Ein weiterer Aspekt des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien bleibt unaufgearbeitet: Die NATO-Kriegsführung selbst verstieß gegen elementare Regeln des Völkerrechts, nämlich gegen zahlreiche Bestimmungen der Genfer Konvention. Die meisten Opfer des Krieges waren Zivilpersonen. Mit dem verharmlosenden Begriff der "Kollateralschäden" kann dies nicht abgetan werden. Neben Menschen wurden viele zivile Objekte und Infrastruktureinrichtungen wie Brücken, Industriebetriebe, Krankenhäuser, Kraftwerke, Rundfunk- und Fernsehsender zerstört. Auch der Einsatz uranhaltiger Munition verursacht bleibende Schäden bei Mensch und Natur und stellt einen Skandal dar, bevor ruchbar geworden ist, dass vielleicht auch eigene Soldaten dadurch in Gefahr geraten sein könnten.



Warum?

Wenn es sich bei den offiziellen Regierungsverlautbarungen zur Rechtfertigung des Krieges um reine Zweckpropaganda gehandelt hat, dann stellt sich die Frage nach dem Warum. Wayne Merry, politische Beraterin der US-Regierung, sieht die Sache heute ziemlich nüchtern: "Man wollte zeigen, dass die NATO überhaupt noch einen Zweck hat." In der Tat: Nach dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation und der Auflösung des Warschauer Pakts hatte die NATO, die ja als Verteidigungsbündnis gegen den "drohenden Kommunismus" gedacht war, keine Existenzberechtigung mehr. Also musste, wenn man am Militär selbst interessiert war, eine neue Bedrohungslüge bzw. eine neue Sinngebung der NATO her. 50 Jahre nach Gründung der NATO gab sie sich auf ihrem Gipfel im April 1999 eine neue Strategie. Deren Ziel ist letztendlich die weltweite Durchsetzung ökonomischer und geostrategischer Interessen der reichen Industrienationen (soweit sie der NATO angehören). In einschlägigen Papieren der NATO wird das mit "Aufrechterhaltung des freien Welthandels" oder mit dem "ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" ziemlich genau beschrieben. Auch die Bundeswehr wird auf diese Strategie vorbereitet und in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee umgewandelt: In den kommenden 15 Jahren sollen für rund 200 Mrd. DM neue Waffen und Ausrüstungen beschafft werden. Die Stärke der für Interventionen ("so genannte "Kriseneinsätze") zur Verfügung stehenden Truppen soll auf 150.000 Soldatinnen und Soldaten ausgelegt werden.

Eine friedliche Entwicklung der Welt ist damit nicht zu erreichen. Rüstung provoziert (Gegen-)Rüstung, der Aufbau von Interventionstruppen der NATO oder der Europäischen Union provoziert entsprechende Reaktionen der "Ausgeschlossenen". Der geplante Aufbau eines US-Raketenabwehrsystems (Kostenpunkt rund 60 Mrd. US-Dollar) provoziert entsprechende Aufrüstungsaktivitäten Russlands und Chinas, aber auch der so genannten "Schurken"-Staaten, die sich im Visier der US-Militärdoktrin befinden. Wenn die Welt heute vor einer neuen Aufrüstungsspirale steht, dann ist die Politik der USA und der NATO daran Schuld.

Aber auch auf dem Balkan hat der siegreiche NATO-Krieg keines der vielen Probleme lösen können, wie sich nicht zuletzt durch die anhaltenden Kämpfe in Südserbien und mittlerweile in Mazedonien zeigt. Die NATO gleicht dem Zauberlehrling, der die UCK-Geister seinerzeit gerufen hat, um das Kosovo von Milosevic-Jugoslawien abzutrennen. Sie sind ihm aber heute über den Kopf gewachsen und präsentieren ihre Rechnung: Abtrennung südserbischer Gebiete von Kustonica-Jugoslawien, Abtrennung eines Drittels des Territoriums von Mazedonien und Schaffung eines großalbanischen Staates. Der Balkan steht – auch ohne Milosevic! - vor einem neuen Krieg.

Angesichts des Debakels einer verfehlten Kriegs- und Militärpolitik auf dem Balkan fordern wir zum zweiten Jahrestag des Beginns des NATO-Kriegs eine außen- und sicherheitspolitische Umkehr. Nötig sind:
eine vorausschauende Politik, die dem Gedanken der zivilen Konfliktprävention verpflichtet ist,
die strikte Beachtung des Friedensgebots der UN-Charta,
der Verzicht auf jegliche Militäreinsätze und damit auch der Verzicht auf die Umwandlung der Bundeswehr in eine vorwiegend auf Auslandseinsätze getrimmte Interventionsarmee.

Dr. Peter Strutynski lebt in Kassel und ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

Bundesausschuss
Friedensratschlag
c/o DGB Kassel
Spohrstr. 6
34117 Kassel
http://www.
friedensratschlag.de

Wer drei Mal lügt...

Initiative fordert Untersuchungsausschuss

von **Robert Hülsbusch**

Der Bundestag soll einen Untersuchungsausschuss zum Kosovokrieg einrichten! Dies jedenfalls fordern zahlreiche Friedensorganisationen und Einzelpersonen in der Bundesrepublik.

Anfang des Jahres startete im münsterländischen Nottuln eine Friedensgruppe die "Initiative Untersuchungsausschuss": Mittlerweile zieht sie große Kreise. Organisationen wie die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), der Bund für Soziale Verteidigung, der Deutsche Friedensrat und das Forum Ziviler Friedensdienst haben sich dieser Initiative angeschlossen und werben dafür. Aber auch Einzelpersonen wie der Psychoanalytiker Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter haben die Initiative unterschrieben.

Täglich kommen nach Auskunft der Friedensinitiative Nottuln Unterschriften aus allen Teilen der Bundesrepublik – darunter auffallend viele von Mitgliedern der Grünen. Zum Jahrestag des Beginns der NATO-Bombardierung am 24. März geht die Initiative zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Das Forum Ziviler Friedensdienst (FZFD)hat mit seiner Bundesgeschäftsstelle in Bonn die Organisation dieser Initiative übernommen. FZFD-Geschäftsführer Stefan Willmutz nennt den Zeitplan der ungewöhnlichen Initiative: "Bis zum 10. Juni werden das Forum und andere Friedensorganisationen weiter Unterschriften sammeln. Danach werden wir - noch vor der Sommerpause - ausgewählten Bundestagsabgeordneten die Unterschriftenlisten übergeben und sie auffordern, einen Antrag für einen Untersuchungsausschuss zu stellen.

"Zu viele Ungereimtheiten tun sich auf," heißt es im Text der Unterschriftenliste. Und weiter: *"Wenn sich die schweren Vorwürfe bewahrheiten, dann sind wir belogen worden – auch von der eigenen Bundesregierung. Das muss geklärt werden."*

Viele Menschen – auch aus der Friedensbewegung – hätten 1999 und Anfang 2000 der Informationspolitik der Bundesregierung Glauben geschenkt, nennt Robert Hülsbusch von der Friedensinitiative Nottuln die Gründe für diese Initiative, und – viele mit großen Bedenken – dem Krieg zugestimmt. Heute werde der Bundesregierung vorgeworfen, dass sie ihre Informationen über die Situation im Kosovo manipuliert habe.

So wirft zum Beispiel der CDU-Bundestagsabgeordnete Willi Wimmer, Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung der OSZE, in einem Interview der Nato und der Bundesregierung vor: *"Noch nie haben so wenige so viele so gründlich belogen wie im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg. Dafür sind Menschen gestorben."*

Beispiele für diese Manipulation, die seit einigen Monaten schon öffentlich sind: In dem Kosovo-Dorf Racak habe es keine eindeutigen Beweise für ein Massaker gegeben. In der Hauptstadt Pristina habe es nicht – wie Scharping 2000 verkündete – ein Konzentrationslager gegeben. Auch einen serbischen "Hufeisenplan", der die systematische Vertreibung der Kosovo-Albaner vorsah, - von Scharping in einer Pressekonferenz vorgestellt – habe nicht existiert. Die Initiative Untersuchungsausschuss möchte diese Vorwürfe untersucht sehen. Die möglichen Leitfragen des angestrebten Untersuchungsausschusses nennt die Initiative:

- o Welche Informationen über den Kosovo hatte die Bundesregierung im Vorfeld des Krieges und wie hat sie diese abgesichert?
- o Hat die Bundesregierung den Bundestag und die Öffentlichkeit vollständig und wahrheitsgemäß informiert?
- o Welche Entscheidungen im Bundestag wurden unter falschen Voraussetzungen und unzureichendem Kenntnisstand gefällt?

Bis vor kurzem war – nach Ansicht der Initiatoren der Unterschriftenaktion – innerhalb des Bundestages keine Bereitschaft zu erkennen, sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen – ein Grund, sich von außen mit der Forderung nach Antworten an die Parlamentarier zu wenden. Langsam komme jedoch Bewegung in diese Angelegenheit. So hat zum Beispiel der Bundestagsabgeordnete Winni Nachtwei, grünes Mitglied des Verteidigungsausschusses und seinerzeit Befürworter dieses Krieges, sich für eine "unabhängige Wahrheitsfindungskommission" eingesetzt. Vor einigen Tagen nun sprach er sich auch für einen Untersuchungsausschuss aus. Wer die Initiative unterstützen oder Unterschriften für den Untersuchungsausschuss sammeln möchte, kann sich an folgende Kontaktadresse wenden:

FI Nottuln
c/o Robert Hülsbusch
Rudolf-Harbig-Str. 49
D-48301 Nottuln

Telefon 02502/9754
Fax 02502/8589

E-Mail: FINottuln@t-online.de
Homepage: www.fi-nottuln.de

Just do it...

Wir wollen Sie ermutigen teilzunehmen. An der Friedensfahrradfahrt "Bike for Peace", aber auch an anderen Aktivitäten der Friedensbewegung. Wenn wir Sie neugierig gemacht haben, wenn Sie mehr wollen oder mehr tun können - einfach den Coupon ausschneiden, ausfüllen und schicken, faxen oder in eine Mail umwandeln. Wir freuen uns auf Sie!

FriedensKopfZerbrecher:

Wer dieses Rätsel knackt, kann eine von zwei Flaschen Friedensreitersekt oder die Teilnahme an einem Friedens-Stadtrundgang gewinnen. Einsendeschluss ist der 19. Mai 2001 und der Rechtsweg natürlich ausgeschlossen.

Frage 1.
Anfang der Achtzigerjahre wurde in einer Stadt der historischen Provinz Westfalica ein Theater nach der gesuchten Person umbenannt. Er arbeitete als Buchhändler, Schaupieler und wurde als Schriftsteller bekannt. Sein Gesamtwerk wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt. Einer seiner Texte wurde unter dem Titel "Liebe 47" verfilmt; 1947 war auch sein Todesjahr. In diesem Jahr wäre der Zeitzeuge einer Jahrhunderts der Barbarei und Propagandist der Zivilcourage 80 Jahre alt geworden. Wie heißt er und wann ist sein Geburtstag?

Frage 2.
Im Friedenspark Loddenheide in Gremmendorf werden TrägerInnen des Friedensnobelpreises mit Straßennamen geehrt. Nennen Sie mindestens eine Frau und einen Mann davon. Achtung: in älteren Stadtplänen ist der Friedenspark noch Militärgelände ohne Straßennamen.

Das Friedensforum lädt ein:

Münsteraner Friedensdialog "Wohin treibt die Bundeswehr"?
am Freitag, den 25. Mai 2001
Ein kontroverser Abend mit den Münsteraner Bundestagsabgeordneten Wolf-Michael Catenhusen (SPD) und Winfried Nachtwei (Grüne), ExpertInnen aus Medien und Friedensbewegung und einem hoffentlich engagierten Publikum. Sie können uns Ihre Fragen an die Abgeordneten auch vorab mitteilen, diese werden dann von einem "Anwalt des Publikums" bei der Veranstaltung gestellt.

Jahrestreffen des Fördervereins für Friedensarbeit am Mittwoch, den 6. Juni 2001, vormittags. Mit Besichtigung eines Konversionsprojektes in einer ehemaligen Kaserne und gemeinsamem Mittagessen. Anmeldung erforderlich!

"Münster im Tanzschritt" -
Kreativ und laut gegen Abendmärsche und Militarisierung der Stadt.
Anfang Juni, parallel zu den "Abendmärschen" des deutsch-niederländischen Korps.

Zivilcourage statt Ausgrenzung - Interkulturelles Friedensfest gegen Rassismus und Gewalt, 16.Juni 2001 ab ca. 15 Uhr im Südpark.
Alle Initiativen, Gruppen, Einzelpersonen, die in Münster gegen Rassismus und Gewalt arbeiten, sind aufgerufen, Ideen zur Gestaltung des Festes beizusteuern und ihre Arbeit dort vorzustellen.

"Hollanditis" heute - zivile und europäische Friedensinitiativen aus den Niederlanden.
Samstag, den 23.Juni 2001 von 15-18 Uhr.
Ein Treffen mit niederländischen Initiativen zum Austausch und zur Planung grenzüberschreitender Aktivitäten. Mögliche Themen.: Europäische Außenpolitik und ihre Militarisierung, Erfahrungen mit der Abschaffung der Wehrpflicht, Rassismus und Gewalt...

AbsenderIn:_____

Adresse::_____

Evtl. Telefon oder E-Mail::_____

O **Ich unterstütze die Friedensfahrradfahrt 2001 mit einer Spende** in Höhe von DM ..... Den Betrag lege ich als Verrechnungsscheck bei / überweise ich auf das Konto (Unzutreffendes bitte streichen): Förderkreis Münsteraner Friedenswochen, Kontonummer 101 11 80 700 bei der BfG Münster, BLZ 400 101 11, Stichwort "Bike for Peace".

O **Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen werden.**

O **Ich möchte nähere Informationen über folgende Veranstaltung/en:**

- O Münsteraner Friedensdialog "Wohin treibt die Bundeswehr"? am 25. Mai 2001
- O Jahrestreffen des Fördervereins für Friedensarbeit am 6. Juni 2001
- O Aktionen gegen die "Abendmärsche" des deutsch-niederländischen Korps
- O Zivilcourage statt Ausgrenzung - Interkulturelles Friedensfest gegen Rassismus und Gewalt, 16.Juni 2001 ab ca. 15 Uhr im Südpark
- O "Hollanditis heute" am 23. Juni 2001
- O Aktionen zum Hiroshima- und Nagasakitag am 6. und 9. August
- O Aktionen zum Antikriegstag am 1. September

O **Die Lösung des Friedensrätsels lautet:**

1. Name des Autors: Geburtstag:

2. Mann: Frau:

Bitte einsenden an Kathrin Vogler, Meinertzstr. 54, 48159 Münster, Fax: 0251-89 97 52 7. E-Mails für das Friedensforum an k_vogler@muenster.de

Impressum:
BIKE for PEACE ist die Ostermarschzeitung für Münster.
Erscheinungsdatum: 28.3.2001
Auflage: 10.000,
Druck: Lensing Druck
kostenlos

Herausgeber: Friedensforum Münster, Verantwortlich: Kathrin Vogler, Meinertzstr. 54, 48159 Münster

Kontakte:

Mahnwache an der Lambertikirche, jeden Freitag 17 Uhr
DFG-VK Gruppe Emsdetten, jeden Mittwoch um 20.15 Uhr im JUKS, Grevener Damm 133
DFG-VK Gruppe Münster, jeden Donnerstag 19-21 Uhr, CUBA, Achtermannstr. 10
Pax Christi , Frauenstr. 7, Tel 51 14 20
AStA der WWU, Referat für Frieden und Internationalismus, Schlossplatz 1, Tel. 8 32 22 80 (Büro)
FI Nottuln, c/o Robert Hülsbusch, Rudolf-Harbig-Str. 49, 48301 Nottuln, Telefon 02502/9754
GGUA, Hafenweg 6-8, Tel. 925166, Projektbüro Herwarthstr. 2, Tel. 4828272
Aktionsbündnis gegen den Krieg jeden Mittwoch um 19 Uhr, ESG, Breul 43
Regionalforum Ziviler Friedensdienst, c/o Michael Keimburg, Tel. 02502/527
Friedensforum Münster, c/o Juliane Brüggemann, Tom-Rink-Str. 10, Tel. 795980

Appell Kriege verhindern - Einsatzkräfte auflösen

Ich lehne den Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee ab und fordere Bundestag und Bundesregierung auf,

- die dafür vorgesehenen 150.000 Soldaten starken „Einsatzkräfte" aufzulösen,
- die damit verbundene Beschaffung neuer Waffen und Ausrüstungen zu stoppen, und
- die dadurch eingesparten rund 100 Milliarden Euro in zivile Projekte zu investieren (z.B. Bildung, Umwelt, Soziales).

Vorname und Name _____ Anschrift _____ Unterschrift

1)_____

2)_____

3)_____

4)_____

5)_____

6)_____

7)_____

8)_____

9)_____

10)_____

Unterschriften bitte einsenden an:
Bundesausschuss Friedensratschlag, c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34119 Kassel;
oder an: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Hechingerstrasse 203, 72072 Tübingen

Der Appell „Kriege verhindern - Einsatzkräfte auflösen" wird getragen von:

Organisationen/Gruppen:
*A.Li-Hochschulgruppe Uni Kassel * Aachener Antikriegsbündnis * Aktion 3 % Föhren * Aktion Dritte Welt Saar * Anti-AKW-Gruppe Weinheim-Bergstraße * Anti-Atom-Plenum Kassel * Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie ACUS * Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. Trier * Arbeitskreis Darmstädter Signal * Arbeitskreis für Frieden und Abrüstung Kiel * Arbeitskreis Marburger WissenschaftlerInnen für Friedens- und Abrüstungsforschung (AMW) * Assoziation marxistischer Studenten (AMS) * Baden-Badener Friedensinitiative: FRIEDEN JETZT! * Bremer Friedensforum * Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler / BdWi * Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kritischer PolizistInnen (Hamburger Signal) e.V * Bundesausschuss Friedensratschlag * Bundesjugendwerk der AWO * Bund für Soziale Verteidigung (BSV) * Bürgerinitiative OFFENe HEIDe * Darmstädter Friedensforum * Deutscher Friedensrat e.V * Deutscher Gewerkschaftsbund Main-Kinzig/Offenbach * Deutsch-jugoslawische Friedensinitiative Hamburg * DFG-VK Baden Württemberg * DFG-VK Bremen * DFG-VK in Mecklenburg-Vorpommern * DFG-VK Kiel * DGB-Kreisfrauenausschuss Hagen * DGB-Senioren Main-Kinzig * Düsseldorfer Friedensforum * Evangelische StudentInnengemeinde in der Bundesrepublik Deutschland * Evangelisch-method. Kirche - Friedensgruppen * Forum Friedenspsychologie (FFP) * Frankfurter Friedenstreff * Frauen für Frieden, Karlsruhe * Frieden-Jetzt-Chemnitz * Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V * Friedensbeirat im Main-Kinzig-Kreis * Friedensbündnis Karlsruhe * Friedensgruppe Bad Bramstedt * Friedensgruppe Harburg-Land * Friedensinitiative Bad Tölz-Wolfratshausen * Friedensinitiative Jever/Schortens * Friedensinitiative Mölln * Friedensinitiative Neckarauer BürgerInnen Mannheim-Neckarau * Friedensinitiative Oberberg * Friedensinitiative Ramelsloh e.V * Friedensinitiative Nottuln * Friedensnetz Baden-Württemberg * Friedensnetz Saar * Friedensplenum Mannheim * Friedenstreff Schorndorf * Friedensweg e.V. Leipzig * Friedenswerkstatt Kiel * Friedenswerkstatt Neubrandenburg * Friedenswerkstatt Wedel * Gesprächskreis für christliche Friedensarbeit Kiel * Göttinger Friedensbündnis * Hagener Friedenszeichen * Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung * Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg * Hiroshima-Arbeitsgemeinschaft Kiel * Horber Initiative für den Frieden * Humanistische Union Nordbayern * IFFF, Münchner Gruppe * IFFF-Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, deutsche Sektion * Ilmenauer Friedenskreis. * IMI-Informationsstelle Militarisierung e.V * Initiative EMANZIPATION HUMANUM * Institut f. Friedensarbeit u. Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) Wahlenau * Internationales Frauenfriedensarchiv Fasia Jansen e.V * Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Bernau * Kasseler Friedensforum * Kölner Friedensforum * Kurdisch-Deutsche Friedensinitiative Hanau * Lehrer/innen für den Frieden Österreich * Marburger Forum - Fördergemeinschaft Friedensarbeit * Marburger Friedensinitiative „Nein zum Krieg!" * Marx-Engels-Stiftung e.V. Wuppertal * Mülheimer Friedensforum * Naturfreundejugend Deutschlands * NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit" * Nürnberger Evangelisches Forum für den Frieden * Nürnberger Friedensforum * Ostermarschbüro * Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden * Pax an! Arbeitskreis Frieden Köln * Pax-Christi-Bistumsstelle Limburg * pax christi bistumsstelle trier * Pax Christi Fulda * Potsdamer Friedenskoordination gegen Militarismus, Rassismus und Krieg * Pusdorfer Friedensgruppe Bremen * Quertreiber gegen die neue Weltordnung, Ulm * Redaktion der Zweiwochenschrift OSSIETZKY * Rheinisches Forum für sozialistische Politik und Wirtschaft, Köln (Forum spw Rheinland) * Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg (RIB e.V.) * Schwule Kriegsdienstgegner e.V * Stuttgarter Friedensinitiative * Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten * VVN-BdA Landesvorstand Schleswig-Holstein * Villa Mir e.V., Volzendorf (Kreis Lüchow-Dannenberg) Weiberrat e.V., Beratungsstelle für Frauen und Kinder, Lüchow WEIBSBILDung e.V., * Bildungsinitiative für Frauen und Mädchen, Volzendorf * Wissenschaftlich-humanitäres komitee (whk), Regionalgruppen Ruhr, Rheinland, Südbaden, Berlin * Zentrum für Friedenskultur Siegen * Zusammenarbeitsausschuss (ZAA) der Friedensbewegung Schleswig-Holstein*

Einzelpersonen:
*Michael Aggelidis, Bonn * Martin Arnold, Pfarrer, Essen * Holger Auerswald, Geschäftsführer der PDS Suhl * Monika Balzer, Sprecherin der * KPF in der PDS-HH * PD Dr. Johannes M. Becker, Universität Marburg * Hans Günter Bell, AG „Umverteilen", Forum spw Rheinland, Köln * Anna Beltinger, Nürnberg * Dr. Michael Berndt, Universität GHS Kassel * Rule von Bismarck, IG Medien, Hamburg * Roland Blach, Kornwestheim, Bundeskoordinator Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen * Yvette Bödecker, Mannheim * Prof. Dr. Michael Brie, Rosa-Luxemburg-Stiftung * Dr. Wolfgang Brindöpke, Hannover * Almut Broer, Hamburg * Dr. Hendrik Bullens, Vorst.mitgl. der International Peace Research Association-IPRA * Annelie Buntenbach, MdB Bündnis 90/Die Grünen * Dr. Ernst Busche, Bremen * Dr. Ralf Cüppers, Sottrupskov (DK) * Ellen Diederich, Oberhausen * Ulrich Dost, Rechtsanwalt, Berlin * Rolf Düber, Gewerkschaftssekretär, Erfurt * Michael * Ebenau, Gew.sekretär IG Metall Jena-Saalfeld * Ralf-Jochen Ehresmann, Bonn * Hans Elas, AG Perspektiven der GEW Bayern * Frank Eschrich, Vorsitz. der PDS Pirmasens * Markus Euskirchen (ami-Redaktion) * Ulrich M. Falkenhagen, Generalsekretär der Evangel. StudentInnengemeinde in der BRD (ESG) * Steffi Fischbach, Tübingen * Albert Flock, Vertrauensleutesprecher Bonn * Lothar Galow-Bergemann, Stuttgart * Reinhard Gebhard, PDS Mannheim * GLW-Grüne Liste Wendland in der Samtgemeinde Lüchow * Stefan Gose, ami-antimilitarismus information, Berlin * Victor Grossmann * Marcus Hammerschmitt, Tübingen * Klaus Hartmann, Vorsitz. des Deutschen Freidenker-Verbands * Frercks Hartwig, Horb * Reinhard Funk, ZK MLPD * Irmgard Heilberger, Vorsitzende der IFFF * Werner Hesse, Volzendorf (Landkreis Lüchow-Dannenberg) * Hans Hölter, Hamburg * Carsten Hübner, MdB-PDS * Beate Jordan, Edermünde * Elisa Kauffeld, Schortens * Alexander Kauz, Waldkirch, RIB-Vorsitzender * Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Projektgruppe Friedensforschung, Universität Konstanz * Patrik Köbele, Bezirksvorsitz. DKP Ruhr-Westfalen * Mathias Kohler, Vorsitz. SPD-Ortsverein Mannheim-Neckarau * Sebastian Köhler, Student * Renate Koppe,ÖTV, Personalrätin, Bonn * Markus Lauber, Köln * Ulrich Leicht, Sprecher IG Medien Dortmund * Sabine Leidig, * DGB-Kreisvorsitzende Karlsruhe * Karin Leukefeld * 18 Mitglieder der Mailingliste „Linkskurve" * Heidi Lippmann, MdB, Abrüstungspolitische Sprecherin der PDS * Dr. Gerd Löffler, Großgmain (Östrr.) * Angelo Lucifero, Landesvorsitz. der HBV Thüringen * K. Mouzouraki, Bonn * Felix Oekentorp, Bochum * Willi van Ooyen, Frankfurt a.M. * Werner Paczian, Journalist, Münster * Hans-Joachim Patzelt, Nürnberg * Günter Platzdasch, Jena * Klaus von Raussendorff, Bonn * Dr. Silke Reinecke, Göttingen * Dr. Elke Renner, Österreich * Hans-Jürgen Rettig, Eggenstein-Leopoldsh. * Hans-Peter Richter, Berlin * Prof. Wolfgang Richter, Dortmund * Anne Rieger, 2. Bevollmächtigte der IG Metall, Waiblingen * Prof. Eleonore Romberg, München * Prof. Dr. Werner Ruf, Universität GHS Kassel * Mona Sattler, Würzburg * Ralf Sauer, BDKJ-Diözesanvorsitzender Diözese Würzburg * Paul Schäfer (Referent PDS-BT-Fraktion) * Heidi Scharf, Gew.sekretärin IG Metall Stuttgart * Albert Schindlbeck, Fraktionssprecher Grüne im Stadtrat Freising * Dr. Bärbel Schindler-Saefkow, Berlin * Hans-Georg Schmidt, DKP Potsdam * Achim Schmitz, Sozialwissenschaftler, Stuttgart * Norbert Schneider, Oberfeldwebel der Reserve, Saalfeld * Jochen Scholz, Oberstleutnant * der Reserve * Karl-Heinz Schulze, eh. Stabsfähnrich der NVA, Sassnitz (Rügen) * Cathrin Schütz, Studentin, Frankfurt a.M. * Dr. Alf Seippel, Dort-mund * Eckart Spoo, Journalist, Berlin * Markus Sippel, Grüne Jugend München * Prof. Dr. Gerd Sommer, Marburg, Vorsitz. Forum Friedenspsychologie * Anja vom Stein, Göttingen * Friederike Stolle, stellv. Vositz. der Jusos Mittelrhein * Hermann Theisen, Heidelberg * Sonnhild u. Ulli Thiel, Karlsruhe * Horst Trapp, Frankfurt a.M. * Matthias Trenczek, MAK-Marxistischer Arbeitskreis in der SPD Berlin * Maria Tsouras, Frankfurt a.M. * Arno Weber, Nürnberg * Dr. Ellen Weber, Arbeitskreis Frieden der DKP * Hans-Joachim Werner, Warendorf * Bärbel Wilgermein, Volzendorf * Ernst Wilhelm * Laura von Wimmersperg, Moderatorin der Friedenskoordination (FRIKO) Berlin * Uwe Wötzel, Hannover, Gew.sekretär * Hans Wunderlich * Ewald Ziegler, Nürnberg * Gabi Zimmer, Vorsitzende der PDS (Stand: 11. März 2001)*

Listen anfordern bei: * Ostermarschbüro, Tel. 069/242499-50 * FAX -51
e-mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de *